



» In dieser Ausgabe

WELTWEITE REZESSION

Ein IZA-Workshop in Bonn debatierte kontroverse Politikreaktionen auf die Arbeitsmarktfolgen der großen Wirtschaftskrise. [Seite 6](#)

ARABISCHER FRÜHLING

IZA-Journals initiierten in Tunis ein symbolträchtiges und hochkarätiges Treffen zur Analyse der im Umbruch befindlichen MENA-Arbeitsmärkte. [Seite 7](#)

RISIKOVERHALTEN

Die fünfte IZA-Jahreskonferenz der erfolgreichen Reihe nutzte das Konferenzzentrum der Swiss Re in Zürich. [Seite 8](#)

ÄLTERE ARBEITNEHMER

Strategien zur Entwicklung funktionsfähiger Arbeitsmärkte für Ältere diskutierte ein IZA-Workshop in Bonn. [Seite 9](#)

TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT

US-Botschafter verabschiedet sich auf einer Veranstaltung der IZA Policy Fellows. [Seite 13](#)

OSTÖFFNUNG

Eine IZA-Studie für die EU-Kommission evaluiert Optionen zur Öffnung der EU-Arbeitsmärkte für östliche Partnerländer. [Seite 14](#)

MEINUNG

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann erläutert, warum Arbeitsmobilität auf die Tagungsordnung der Diskussion über eine Transatlantische Wirtschaftsordnung gehört. [Seite 20](#)

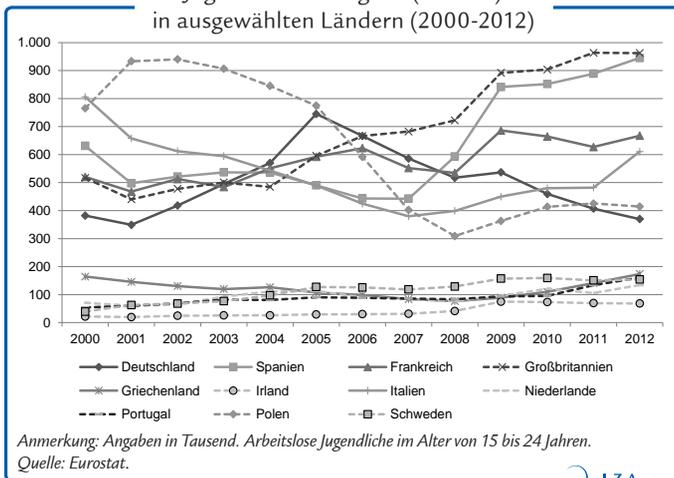
Jugendarbeitslosigkeit in Europa Keine Alternative zu umfassenden Reformen in den Krisenstaaten

Die eklatant hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten der Europäischen Union stellt eine Kernaufgabe für die jeweilige nationale Arbeitsmarktpolitik dar. Sie fordert aber auch Europa insgesamt heraus. Wenn eine ganze Generation junger Menschen Gefahr läuft, mittel- bis langfristig im eigenen Land ohne jede Beschäftigungsperspektive zu bleiben und dafür nicht zu Unrecht ein „Versagen“ der Politik verantwortlich gemacht wird, droht der EU neben massiven ökonomischen Einbußen auch ein folgen-

sen jungen Menschen ist dies ein schwacher Trost.

Das IZA hat in mehreren Studien die Jugendarbeitslosigkeit in Europa analysiert. In einem Gutachten für den ökonomischen Beraterstab des französischen Ministerpräsidenten *Jean-Marc Ayrault* haben IZA-Programmdirektor *Pierre Cahuc* (Ecole Polytechnique), IZA Fellow *Stéphane Carcillo* (Universität Paris 1 – Panthéon-Sorbonne) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) im April 2013 Politikempfehlungen für Frankreich vorgelegt (► Seite 15). Ein neues IZA Discussion Paper von Cahuc, Carcillo, Ulf Rinne (IZA) und Zimmermann erweitert die Analyse um einen Vergleich zwischen der Situation in Deutschland und Frankreich. Darüber hinaus untersuchen das IZA und seine Partnerinstitutionen in einer Studie für das Europäische Parlament Möglichkeiten und Grenzen europäischer Initiativen zur Beschäftigungsförderung für junge und ältere Arbeitnehmer (► Seite 15). Ein soeben erschienener IZA-Standpunkt von *Werner Eichhorst* (IZA), *Holger Hinte* (IZA) und Ulf Rinne fasst die Lage in Europa zusammen und zeigt allgemeine Lösungsansätze auf.

Jugendarbeitslosigkeit (absolut)
in ausgewählten Ländern (2000-2012)



schweres Akzeptanzproblem ausgerechnet seitens der jungen Menschen, die ihre Zukunft gestalten sollen. Die Langzeitfolgen – von der Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und der Gefahr politischer Radikalisierung bis hin zur denkbaren Auswanderung „kluger Köpfe“ ins außereuropäische Ausland – wären unabsehbar. Der demografische Wandel wird zwar in einigen Jahren für eine merkliche Entlastung auf den europäischen Arbeitsmärkten sorgen und Gutqualifizierten auch dort bessere Jobchancen vermitteln, wo sie derzeit nicht gegeben sind, doch für die heute arbeitslo-

Alarmierende statistische Befunde

Die Dimension des Problems verdeutlicht ein Blick in die Statistik: Aktuell sind in Spanien rund eine Million Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos, in Italien deutlich mehr als 600.000. Dort wie auch in Griechen-

land und Portugal hat sich die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in den letzten fünf Jahren stark erhöht (siehe Abbildung Seite 1). Addiert man nur die Zahlen aus diesen vier Ländern, so ergibt sich ein Zuwachs binnen fünf Jahren von fast 800.000 Personen auf insgesamt rund 2 Millionen Arbeitslose unter 25 Jahren. Problematisch stellt sich auch die Lage in Großbritannien dar: Das Land ist weit entfernt von den vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenzahlen unter jungen Leuten noch bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts. Ein durchgehender Anstieg bereits seit dem Jahr 2004 hat die Zahl der jungen Arbeitslosen von knapp 500.000 auf rund eine Million im Jahr 2012 nahezu verdoppelt; allein zwischen 2008 und 2012 betrug der Anstieg fast 250.000. Der Zuwachs an jugendlichen Arbeitslosen in Frankreich fiel im gleichen Zeitraum zwar weit schwächer aus; mit seit 4 Jahren stagnierend knapp 700.000 Jugendlichen ohne Arbeit steht aber auch Frankreich vor großen Schwierigkeiten.

2012 über 4,5 Millionen junge Menschen als arbeitslos erfasst, in der gesamten Europäischen Union mehr als 5,2 Millionen.

Noch alarmierender erscheinen die teils dramatisch hohen Jugendarbeitslosenquoten (siehe Abbildung): Von allen europäischen Staaten können nur Norwegen (2012: 8,5%), Schweiz (8,4%), Österreich (8,7%), Niederlande (9,5%) und Deutschland (8,1%) in den letzten drei Jahren oder länger einstellige Quoten für Jugendliche vorweisen. Bezogen auf die EU gilt: nur drei von 27 Staaten weisen Arbeitslosenraten bei Jugendlichen von weniger als 10 Prozent auf. EU-weit betrug die Quote 2012 fast 23 Prozent. Weit darüber rangierten beispielsweise Irland (30%), die Slowakei (34%), Italien (über 35%), Portugal (fast 38%), vor allem aber Kroatien (43%), das ehemalige Jugoslawien (seit Jahren bei 54% und mehr) sowie die viel beachteten Krisenländer Spanien (53%) und Griechenland (über 55%). In diesen beiden Ländern hat sich die Arbeitslosenquote von jungen Menschen

in nur fünf Jahren besonders stark erhöht und gegenüber 2008 jeweils mehr als verdoppelt.

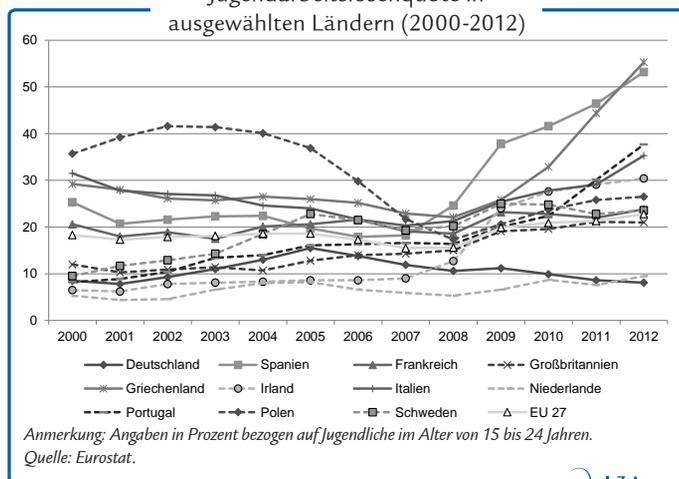
Dass die Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Jugendlicher in allen EU-Staaten überdurchschnittlich hoch ausfällt, bedarf angesichts allgemein wachsender Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt und starker

mit nach verbreitet deutlichen Rückgängen inzwischen zum Niveau des Jahres 2002 zurückgekehrt ist. In der Kombination aller Negativtrends ergibt sich ein gesteigertes Risiko zur Arbeitsmarktausgrenzung, Dequalifikation und Demotivation unter jungen Menschen in der EU.

Im Jahr 2012 rangierte die Beschäftigungsquote von jungen Leuten in Spanien, Italien und Griechenland (dort sehr eklatant) unterhalb von schwachen 20 Prozent. Besonders auffällig ist darüber hinaus der Kollaps der Jugendbeschäftigung in Irland, während sich in Großbritannien die traditionell vergleichsweise hohe Beschäftigungsquote von Jugendlichen etwas moderater abgeschwächt hat und sich auf dem inzwischen (2012) von Deutschland – gegen den EU-Trend erreichten – Niveau hält (siehe Abbildung). In fast allen EU-Staaten hat dabei die Teilzeitbeschäftigung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen erkennbar zugenommen, wohingegen nur in wenigen Staaten (Spanien, Italien, Irland, Polen) die befristete Beschäftigung in Zeitverträgen einen markanten Zuwachs erfuhr, EU-weit aber gegenüber 2008 im Umfang weitgehend unverändert blieb.

Ergänzend zur traditionellen Arbeitslosenstatistik werden seit einigen Jahren als „NEETs“ solche Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren (und für andere Altersgruppen) statistisch erfasst, die sich weder in Beschäftigung, noch in Schule/Ausbildung/Studium oder Qualifizierungsmaßnahmen befinden (NEET = not in employment, education or training), um politikrelevante Informationen über eine besonders verwundbare Personengruppe innerhalb der jungen Generation zu gewinnen. Die Daten zeigen, dass ihr Anteil im Zeitraum von 2008-2012 in 20 von 27 EU-Staaten teils deutlich angewachsen ist. Besonders gravierend in Größenordnungen von annähernd 20 Prozent sind die NEET-Raten unter anderem – neben den Krisenländern Griechenland, Zypern, Spanien und Italien – auch in Bulgarien und Kroatien gestiegen. Weit unterhalb des EU-Durchschnitts von 13 Prozent rangieren außer Deutschland noch Österreich, die Schweiz, alle skandinavischen Länder sowie (mit den im Jahr 2012 niedrigsten NEET-Raten) die Niederlande und Luxemburg (siehe Abbildung). Mit anderen Worten: Bis zu einem Fünftel der jungen Menschen in zahlreichen EU-Staaten sind derzeit auf die eine oder andere Weise faktisch Arbeitsmarkt- und Qualifikations-Outsider. Den Eurostat-Daten zufolge waren im Jahr 2011 EU-weit etwa 7,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren und darüber hinaus rund 6,5 Millionen 25-29-Jährige arbeitsmarkt- und qualifikationsfern, wobei die NEET-Risiken

Jugendarbeitslosenquote in ausgewählten Ländern (2000-2012)



Im Übrigen hat sich auch in den Niederlanden die Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten auffällig, wenn auch auf dennoch niedrigem Niveau, erhöht; in Schweden verharrt sie seit vier Jahren auf historisch hohem Stand. Irland verzeichnete zuletzt zwar einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, deren Anstieg seit 2008 dafür umso rasanter ausfiel. In Polen bewegt sich die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen zwar heute weit unterhalb der Größenordnung der Jahre 2000-2006, ist aber seit dem Tiefstand von 2008 ebenfalls wieder merklich angestiegen. Demgegenüber ist Deutschland das einzige Land in der EU, in dem die Arbeitslosigkeit junger Menschen seit Jahren kontinuierlich im Rückgang begriffen ist. Faktisch hat sich die Zahl der jungen Arbeitslosen seit dem Höchststand im Jahr 2005 inzwischen auf weniger als 370.000 Personen halbiert. Dessen ungeachtet waren allein innerhalb der „alten“ EU-15 Ende

Verdrängungswettbewerbe zulasten geringer Qualifizierter kaum einer Erläuterung. Auffällig ist jedoch der starke Anstieg gerade auch der Jungakademikerarbeitslosigkeit von „nur“ knapp 12 Prozent im Jahr 2008 auf fast 18 Prozent 2012 im EU-weiten Durchschnitt. Über alle Altersgruppen hinweg betrug die Akademikerarbeitslosigkeit 2008 und 2012 lediglich rund 4 bzw. 6 Prozent. Dieser hohe Wert für Jugendliche unter 25 Jahren beschönigt dabei noch die brisante Situation der Altersgruppe in Griechenland (52% gegenüber 18% für alle Altersgruppen), Spanien (40% vs. 15%), Italien (33% vs. 7%), Portugal (39% vs. 12%) oder auch Rumänien (29% vs. 6%). Zu Besorgnis gibt auch der Umstand Anlass, dass sich der Anteil von langzeitarbeitslosen Jugendlichen über alle Qualifikationsstufen hinweg in der EU inzwischen (2012) wieder markant auf rund ein Drittel aller Arbeitslosen in dieser Gruppe erhöht hat und da-

für Geringqualifizierte und Migranten besonders hoch einzuschätzen sind.

Das Risiko einer „verlorenen Generation“ – und was zu tun ist

Dies wirft die Frage auf, welche erfolgversprechenden Wege die nationale und europäische Arbeitsmarktpolitik finden kann, um das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit wirksamer in den Griff zu bekommen. Maßnahmen zur Verringerung der europaweit noch viel zu hohen Zahl von Schul- oder Ausbildungsabbrechern und zu gering qualifizierten Absolventen reichen bei weitem nicht aus, wenn heute zunehmend auch gut qualifizierte Jugendliche in vielen EU-Staaten mit hohen Arbeitsloskeitsrisiken zu kämpfen haben. Eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik sorgt für das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen, für die aber wiederum nicht allein junge Menschen zur Verfügung stehen. Neben gezielten Anreizen zur Bildungs- und Arbeitsmobilität in Europa erscheinen deshalb vor allem die Reform von Ausbildungssystemen nach dem in Deutschland bewährten Konzept der praxisnahen dualen Ausbildung sowie ein erleichterter Arbeitsmarkteinstieg in Form einer Neuregulierung befristeter und unbefristeter Beschäftigungsformen plausibel.

Auf der Suche nach kurzfristigem Erfolg auf eine Renaissance von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zu setzen, verbietet sich nach den schlechten internationalen Erfahrungen mit diesem kostspieligen und ineffizienten Instrumentarium. Ebenso abwegig wäre eine Rückkehr zur verfehlten Politik von Vorruhestandsregelungen und Frühverrentungen in der Hoffnung, hiermit neuen Spielraum für die Beschäftigung Jüngerer zu schaffen. Das Ziel muss darin bestehen, die Beschäftigungschancen von Jugendlichen zu verbessern und zugleich die Älteren im Erwerbsprozess zu halten, statt sie gegeneinander auszuspielen.

a) Temporäre Migration zu Bildungs- und Arbeitszwecken

Von den genannten Politikfeldern zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verspricht vor allem eine Stimulation von Ausbildungs- und Arbeitsmobilität kurzfristig positive Effekte. Das jüngste deutsch-spanische Regierungsabkommen (Mai 2013) zu Ausbildungs- oder Beschäftigungsangeboten für insgesamt 5.000 junge Spanier in Deutschland bis zum Jahr 2017 weist eine mögliche Richtung vor, ohne allerdings neben der wichtigen symbolischen Funktion quantitativ ernsthaft von Bedeutung zu sein. Die Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der „alten“ EU ist ungeachtet

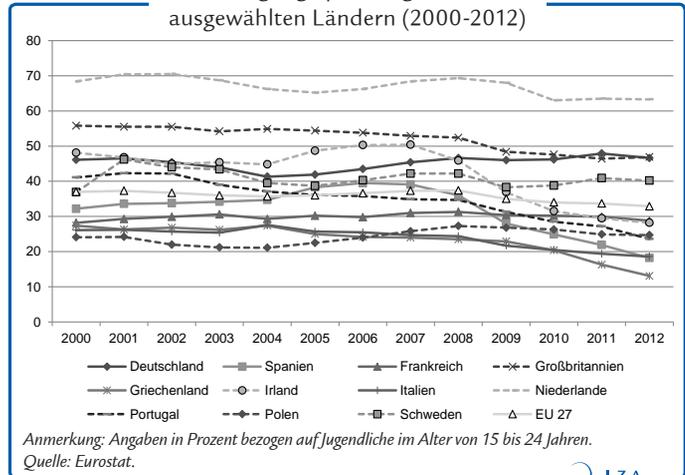
der erheblichen und aktuell noch verstärkten ökonomischen Ungleichgewichte nach wie vor zu gering entwickelt, um regionale Schwankungen auf den Arbeitsmärkten besser ausgleichen und unnötige Arbeitslosigkeit vermeiden zu können. Trotz weiter abgebauter rechtlicher Hürden und verbesserter Information gilt dies auch für die junge Generation.

Am Beispiel Spaniens wird dies sehr deutlich: Obwohl sich die Perspektiven für jugendliche Arbeitssuchende dort massiv verschlechtert haben, verzeichnet der aktuelle Vorzeige-Arbeitsmarkt Deutschlands bislang eine nur auf sehr schwachem Niveau zunehmende Zuwanderung spanischer Arbeitskräfte. Zwar nimmt sich die prozentuale Steigerung der Einreisen aus Spanien zwischen 2011 und 2012 um 45 Prozent recht eindrucksvoll aus, absolut waren dies jedoch nach Daten des Statistischen Bundesamtes nur 9.000 Personen. Ähnlich stellt sich die Konstellation im Hinblick auf die Krisenländer Griechenland, Portugal und Italien dar. Für den starken, aber vom einsetzenden Fachkräftemangel bereits beeinträchtigten Arbeitsmarkt Deutschlands sind diese Zuzüge von Fachkräften zu gering, für die Arbeitsmärkte der Herkunftsländer sind die eintretenden Entlastungen noch zu wenig spürbar. Neue Belastungen für Wirtschaft und Sozialsysteme würden gar entstehen, wenn nicht primär arbeitslose junge Menschen, sondern etablierte Arbeitskräfte die Krisenländer verlassen sollten.

Alle Beteiligten würden jedoch profitieren, wenn sich – unterstützt auch durch Initiativen der EU – eine intensivere Wanderung von jungen Menschen zu Ausbildungs- und Arbeitszwecken in der Europäischen Union etablieren würde. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, einzelnen Mitgliedstaaten ihre „besten jungen Köpfe“ abzuwerben, sondern

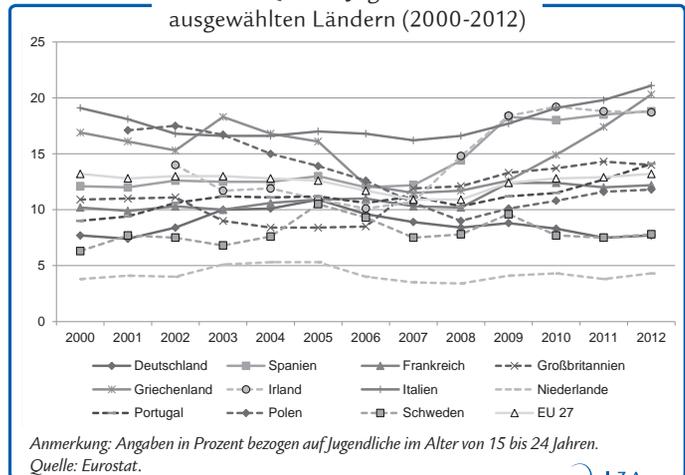
darum zu verhindern, dass prinzipiell knapper werdendes Humankapital aufgrund einer ineffizienten Ressourcenallokation brach liegt und Gefahr läuft, schon in jungen Lebensjahren entwertet bzw. im Falle von perspektivlosen Auszubildenden gar nicht erst gebildet zu werden.

Beschäftigungsquote Jugendlicher in ausgewählten Ländern (2000-2012)



Anmerkung: Angaben in Prozent bezogen auf Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren. Quelle: Eurostat.

NEET-Quoten Jugendlicher in ausgewählten Ländern (2000-2012)



Anmerkung: Angaben in Prozent bezogen auf Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren. Quelle: Eurostat.

Deshalb sollten der ersten deutschen Initiative zur Aufnahme junger Spanier rasch weitere Regierungsabkommen mit anderen Ländern folgen. Parallel sollte nicht nur das bestehende „Europäische Portal zur beruflichen Mobilität“ (EURES) systematisch zum zentralen Informationsportal für wanderungswillige Arbeitskräfte und Ausbildungsplatzsuchende ausgebaut werden, sondern auch in den Einzelstaaten mehr Transparenz für ausländische Stellensuchende geschaffen werden. Junge Bildungs- und Arbeitsmigranten aus den Krisenstaaten können in anderen Staaten der EU zu Wohlfahrtsgewinnen beitragen, die der Gemeinschaft insgesamt zugutekommen. Humankapitalverluste würden vermieden, zusätzliche Qualifikationen und Berufserfahrung im Ausland würden erworben. Davon würden die Herkunftsländer bei der Rückkehr „ihrer“ Auswanderer profitieren.

Zielländer wie Deutschland sollten nicht davon ausgehen, diese jungen Zuwanderer dauerhaft im Land halten zu können. Die Mehrzahl von ihnen wird sich nach einigen Jahren und der dann hoffentlich dort überwundenen Krise zurück in Richtung Heimat orientieren, aber mit den Zielländern „vernetzt“ bleiben.

b) Duale Ausbildung und Tarifpartnerschaft

Die Jugendarbeitslosigkeit fällt in jenen Staaten eher niedrig aus, die über ein arbeitsmarkt- und unternehmensnahes Ausbildungssystem verfügen. Nicht nur Deutschland, sondern auch Österreich, die Niederlande, Dänemark und die Schweiz praktizieren – in unterschiedlicher Form – eine duale Ausbildung. Ungeachtet mancher Probleme auch dualer Systeme, mit den rasanten Veränderungen der Qualifikationsanforderungen Schritt zu halten und insbesondere schwächere Schulabgänger zu integrieren, hat sich dieses Prinzip sehr bewährt und kann auf eine allgemein hohe Akzeptanz verweisen. Duale Ausbildungssysteme setzen allerdings ein partnerschaftliches Miteinander der Beteiligten – Staat, Unternehmen, Sozialpartner – voraus. Dort, wo diese überwiegend friedliche Zusammenarbeit, wie beispielsweise in Deutschland, gute Tradition ist, sind duale Ausbildungssysteme von vornherein leichter umzusetzen oder existieren bereits. Stehen sich die Tarifpartner jedoch traditionell eher konfliktbeladen gegenüber, sind die Chancen auf eine erfolgreiche Umsetzung dualer Ausbildungsprinzipien von Beginn an ungleich schlechter.

Deutschlands duales Ausbildungssystem ist gestärkt aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hervor gegangen und kann anderen Staaten als Vorbild dienen, selbst wenn es in seiner spezifischen, historisch und kulturell gewachsenen Form nur teilweise auf andere Volkswirtschaften übertragbar ist. In den letzten Jahren haben einige EU-Staaten, darunter auch Spanien, Schritte zur Begründung oder zum Ausbau dualer Ausbildungssysteme unternommen, für deren Erfolgsbewertung es allerdings noch zu früh ist. Auch Frankreich sollte diesen Weg beschreiten. Hierzu sollten sich die Tarifpartner zunächst sektoral bzw. regional in Arbeitsgemeinschaften organisieren, um gemeinsam Standards und Zertifizierungen zu etablieren. Es wäre unrealistisch zu erwarten, dass ein groß angelegtes und stark reguliertes Ausbildungssystem wie in Deutschland innerhalb kurzer Zeit aufgebaut werden kann – dies ist aber auch nicht erforderlich, um erfolgreich eine duale Ausbildung durchführen zu können.

c) Regulierung des Arbeitsmarktes: Kündigungsschutz, befristete Beschäftigung und aktive Arbeitsmarktpolitik

In vielen Staaten Europas sind seit den 1980er Jahren befristete Arbeitsverträge liberalisiert worden, um mehr Einstiegsmöglichkeiten zu schaffen, ohne den in vielen Ländern sehr stark ausgebauten Kündigungsschutz in Frage stellen zu müssen. Wie die Erfahrungen Frankreichs, Italiens, Portugals oder Griechenlands zeigen, hat dies vor allem für junge Menschen zur Folge, dass ihnen zunächst nur befristete Arbeitsverträge angeboten wurden und die Übergänge von dieser Form der flexiblen Beschäftigung in dauerhafte Beschäftigung recht schwierig waren. In der Wirtschaftskrise ist vor allem die Anzahl der befristeten Jobs massiv eingebrochen – Leidtragende waren in erster Linie junge Menschen.

Besonders offenkundig wird dies derzeit in Spanien. Dort wurden bereits in den 1980er Jahren die rechtlichen Grundlagen für eine massive Ausweitung befristeter Beschäftigungsverhältnisse gelegt, die aktuell knapp zwei Drittel aller Arbeitsverträge in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen ausmachen. Zugespitzt lässt sich sagen, dass in Spanien nicht zuletzt auch die starke Fokussierung auf befristete Beschäftigung bei gleichzeitig ausgeprägten Strukturwandelproblemen zu dem aktuellen Desaster hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen hat. Insofern ist Vorsicht angezeigt, wenn es darum geht, befristete Beschäftigung zu forcieren. Auch dieses Instrument entfaltet seine gewünschte Wirkung nur dann, wenn es auf die spezifischen Gegebenheiten des jeweiligen Arbeitsmarktes Rücksicht nimmt.

Dies lässt sich ebenfalls am Beispiel Frankreichs verdeutlichen. Seit den 1990er Jahren hat auch dort die Segmentierung des Arbeitsmarktes stark zugenommen. Zuletzt wurden mehr als 90 Prozent der Einstellungen befristet vorgenommen. Zudem betreffen Befristungen jugendliche Arbeitnehmer überproportional häufig – auch im Vergleich mit anderen Ländern.

Befristete Beschäftigung wird zunehmend von den Unternehmen als Flexibilitätsreserve genutzt; im Falle rigider Kündigungsschutzvorschriften tritt sie auch als Konkurrent dauerhafter, unbefristeter Beschäftigung auf. Immer weniger Neueinsteiger in den Arbeitsmarkt können heute noch wie frühere Erwerbsgenerationen davon ausgehen, sofort oder doch in absehbarer Zeit ein unbefristetes Arbeitsverhältnis eingehen zu können. Deshalb bietet sich eine Neuregulierung von befristeten und unbefristeten Arbeitsverträgen in der aktuellen Krisensituation an, wie

das bereits in einigen der genannten Länder mit gespaltenen Arbeitsmärkten zumindest im Ansatz begonnen worden ist. Solche Neuregulierungen sollten vorangetrieben werden, auch wenn dies nur auf mittlere Sicht wirken wird, sobald die Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Privatwirtschaft in den betroffenen Ländern wieder zunimmt.

Eine Lösung, die in Italien, Frankreich und Spanien vorgeschlagen worden ist, besteht darin, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, das ohne die Unterscheidung von befristeten und unbefristeten Einstellungen auskommt (*contrat unique, contratto unico*), sondern jeden Arbeitsvertrag als prinzipiell unbefristet ansieht, aber mit der Beschäftigungsdauer zunehmende Ansprüche auf eine Abfindung vorsieht. Gleichzeitig wären die Anforderungen an eine Kündigung zu vereinfachen. Ein solches System würde die Möglichkeiten zum Einstieg für junge Menschen deutlich verbessern, ohne dass an einem fixen Punkt über eine Übernahme in einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu entscheiden wäre.

Ausschlaggebend sind dabei jedoch die gewachsenen strukturellen Gegebenheiten auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt. In Deutschland ist der Kündigungsschutz nach wie vor gut ausgebaut – gleichzeitig haben umfassende, überlegt aufeinander abgestimmte Arbeitsmarktreformen jedoch dazu beigetragen, dass die Jugendarbeitslosigkeit sich seit Jahren auf vergleichsweise geringem Niveau befindet. Gerade die wirtschaftlich besonders stark gefährdeten EU-Staaten Griechenland, Spanien und Italien, aber auch Frankreich, haben ihren Arbeitsmarkt jedoch nicht bereits zuvor derart umfangreich reformiert.

Die deutsche Agenda 2010-Politik hat den Beweis angetreten, dass in relativ kurzer Zeit ein bis dahin deutlich im Hintertreffen befindlicher Arbeitsmarkt modernisiert und dynamisiert werden kann, wenn es nicht bei der isolierten Umsetzung von Teilreformen bleibt. In diesem Zusammenhang hat das „Fördern und Fordern“ gerade junger Arbeitssuchender große Bedeutung. Abgesehen von einer erwerbsanreizorientierten Reform des Transfersystems und einer Professionalisierung der Arbeitsvermittlung selbst, die in Deutschland heute viel stärker auf das Individuum als „Kunde“ abstellt und solche Eigenaktivitäten unmissverständlich einfordert, wurde beispielsweise die Förderung der beruflichen Weiterbildung intensiviert. Ebenso wurden und werden unter bestimmten Voraussetzungen zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber gezahlt, wenn sie schwerer vermittelbare (jugendliche) Bewerber einstellen und über eine Mindestdauer hinweg

beschäftigen. Auch Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus wurden zeitweise besonders intensiv gefördert.

Alle drei Instrumente haben sich Evaluationsstudien zufolge im deutschen Kontext sehr gut bewährt und mehr Jugendliche aus der Arbeitslosigkeit geführt. Ineffizient wirken Programme zur Bereitstellung öffentlicher Arbeitsplätze jenseits des regulären Arbeitsmarktes. Sie greifen nicht nur in das Marktgeschehen ein, sondern tragen zur einer Stigmatisierung der Teilnehmer bei, deren Rückkehr in das „normale“ Erwerbsleben damit potenziell erschwert wird.

Die deutschen Erfahrungen mit der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik lassen sich nicht deckungsgleich auf andere europäische Staaten übertragen. Andere Arbeitsmarktkonstellationen können bei im Ansatz identischen Förderprogrammen durchaus zu konträren Resultaten führen. So zeigen etwa Studien aus Frankreich, Großbritannien, Schweden und Dänemark, dass dort Weiterbildungsmaßnahmen für geringer qualifizierte Jugendliche keine positive Auswirkung auf deren Arbeitsmarkterfolg haben.

Befristete Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber bei Neueinstellungen von Jugendlichen scheinen dagegen allgemein ein sinnvolles Förderinstrument zu sein, wie Untersuchungen für Frankreich, Großbritannien, Belgien und Schweden bestätigen. Unter anderem verfügt inzwischen auch Spanien über ein aktivierendes Instrumentarium von Lohn- und Ausbildungszuschüssen für Arbeitgeber. Dieser Ansatz macht sich ein wesentliches Element zu Nutze, auf das unter anderem auch der Erfolg des dualen Ausbildungssystems zurückzuführen ist: „echte“ berufliche Erfahrungen im ersten Arbeitsmarkt. Allerdings bietet befristete subventionierte Beschäftigung in Ländern mit stark segmentierten Arbeitsmärkten wenig Chancen auf dauerhafte Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, vor allem dann, wenn, wie oft in der Praxis zu beobachten, die Qualifizierung während der befristeten, unterstützten Beschäftigung vernachlässigt wird.

Auch Spanien fördert heute, ebenso wie Griechenland, Portugal, Großbritannien oder Irland, junge Existenzgründer. Darüber hinaus werden heute in vielen Staaten neue Programme etwa zur Bewertung und Anerkennung nicht formal, sondern im Arbeitsprozess erworbener Qualifikationen oder zur Förderung von regionaler Mobilität umgesetzt oder entwickelt. Das Spektrum politischer Maßnahmen ist inzwischen durchaus breit. Je rascher und besser solche Maßnahmen mit aktivierenden Programmen und weiteren Arbeitsmarktreformen verzahnt, aber zugleich auch gründlich eva-

luiert werden, desto größer wird ihr – mittel- bis langfristiger – Erfolg sein.

a) „Youth on the Move“? Antworten auf europäischer Ebene

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht die Europäische Kommission gezielte Impulse zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu geben und auf Reformen in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hinzuwirken. Zu nennen ist hier in erster Linie das seit dem Jahr 2010 existierende Programm „Jugend in Bewegung“ (*Youth on the Move*), ein Teilbaustein der Kommissionsstrategie für ein „Europa 2020“. Mit Hilfe dieses Programmes sollen in denjenigen Staaten, deren Jugendarbeitslosenquote über dem EU-Durchschnitt liegt, die allgemeine und berufliche Bildung verbessert, insbesondere die Hochschulbildung gestärkt, die räumliche Mobilität von jungen Auszubildenden und Arbeitsuchenden gefördert sowie Existenzgründungen und Arbeitsmarktzugang von Jugendlichen unterstützt werden.

Zugleich sieht das Programm vor, eine „Europäische Jugendgarantie“ (*Youth Guarantee*) einzuführen, die jedem EU-Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren das Recht auf einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsstelle oder die Teilnahme an einer Qualifizierung geben soll. Sollte das Ende Juni 2013 auch vom Gipfeltreffen der EU-Regierungschefs beschlossene Konzept tatsächlich in nationales Recht umgesetzt werden, wäre die Arbeitsmarktpolitik der EU-Staaten vor die immense Herausforderung gestellt, jedem Jugendlichen binnen vier Monaten nach Schulabschluss oder Arbeitslosmeldung entsprechend eine qualifizierte Tätigkeit in Form regulärer oder bezuschusster Arbeit, Ausbildung oder Praktikum anbieten zu müssen. Das würde die staatlichen Stellen vieler Staaten dazu zwingen, die Interaktion

zwischen öffentlicher und privater Arbeitsvermittlung, Schulen, Hochschulen, Weiterbildungsanbietern und Tarifpartnern deutlich zu intensivieren.



„Es ist eine Illusion zu glauben, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa lasse sich mit ein paar Milliarden Euro lösen. Umfassende Strukturreformen insbesondere in den Krisenstaaten sind unerlässlich.“

Klaus F. Zimmermann (IZA-Direktor)

Doch die Gefahr ist groß, dass dabei Enttäuschungen (die dann der EU angelastet werden) ebenso vorprogrammiert wären wie massive ökonomische Fehlsteuerungen. Angesichts von rund sieben Millionen arbeitslosen bzw. perspektivlosen Jugendlichen in der EU wären gigantische nationale Sonderprogramme zur Einhaltung der „Jugendgarantie“ erforderlich, deren zielgenaue Ausgestaltung und Koordination erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen würde, obwohl bzw. gerade weil dafür rund acht Milliarden Euro an EU-Sondermitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Erfahrung lehrt im übrigen, dass die Versuchung groß ist, die Arbeitslosenstatistik mit umfangreichen Maßnahmen zur öffentlichen Beschäftigung oder Qualifizierung rasch zu „entlasten“, ohne dass sich daraus notwendigerweise konkrete, nachhaltige Jobperspektiven für die Zielgruppe ergeben. Statt organisatorische Kraft und knappes Geld auf eine solche „Jugendgarantie“ zu verwenden, sollten die wichtigeren Aspekte der „Youth on the Move“-Strategie weiter verfolgt und die derzeitigen Krisenstaaten „gefördert und gefordert“ werden, ihre Arbeitsmärkte so zu reformieren, dass die strukturelle Benachteiligung von Jugendlichen abgebaut und die Entstehung neuer Arbeitsplätze begünstigt wird.

Aktuelle IZA-Veröffentlichungen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Status Quo und (keine?) Perspektiven

IZA SP 57 <http://ftp.iza.org/sp57.pdf>

The Employment of the Low-Skilled Youth in France

IZA PP 64 <http://ftp.iza.org/pp64.pdf>

Youth Unemployment in Korea: From a German and Transitional Labour Market Point of View

IZA PP 63 <http://ftp.iza.org/pp63.pdf>

Combining the Entry of Young People in the Labour Market with the Retention of Older Workers

IZA RR 53 www.iza.org/files/report53.pdf

Youth Unemployment in Old Europe: The Polar Cases of France and Germany

IZA DP 7490 (im Erscheinen) <http://ftp.iza.org/dp7490.pdf>

Temporary Work as an Active Labor Market Policy: Evaluating an Innovative Program for Disadvantaged Youths

IZA DP 6670 <http://ftp.iza.org/dp6670.pdf>

Young People and the Great Recession

IZA DP 5674 <http://ftp.iza.org/dp5674.pdf>

Youth Unemployment in Europe and the United States

IZA DP 5673 <http://ftp.iza.org/dp5673.pdf>

IZA-Workshop: Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die weltweite Wirtschaftskrise ist längst noch nicht überwunden, und die Diskussion über ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und Einkommensverteilung sowie sinnvolle politische Antworten wird auch in der Wissenschaft überaus kontrovers geführt. Am 21. und 22. Mai 2013 führte das IZA unter Leitung von IZA-Programmdirektor *David Blanchflower* und Senior Research Associate *Andreas Peichl* in Bonn einen Workshop zur Bestandsaufnahme empirischer Befunde und notwendiger Reformen durch.

Zu Beginn berichtete *Bertil Holmlund* (Uppsala University und IZA) von den Erfahrungen Schwedens mit Arbeitsmarktungleichheiten sowie der Rolle von Steuern und Transferzahlungen im schwedischen Wohlfahrtsstaat. Seit den ökonomischen Rückschlägen für Schweden in den 1990er Jahren sieht sich das Land mit einem starken Anstieg von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit konfrontiert, die das schwedische Wohlfahrtsystem in Frage stellen. Besonders Geringqualifizierte scheinen den Anschluss zu verlieren. Teilweise kann dies durch einen Rückgang des steuerlichen Umverteilungseffekts erklärt werden, der zu einer wachsenden Einkommensungleichheit führt. In eine ähnliche Richtung deuten die Ergebnisse der Arbeit von *Mathias Dolls* (ZEW und IZA). Er untersuchte die Effekte US-amerikanischer Steuerreformen (IZA DP 7190). Dazu nutzte er eine neue Methode, die direkte Politikeffekte von den Wirkungen veränderter Einkommen separiert. Auf diese Weise konnte er zeigen, dass steuerpolitische Einflüsse für bis zu 30% des Gesamtanstiegs der Einkommensungleichheiten verantwortlich sind. Der Einfluss steigt gar auf über 40%, wenn Verhaltensanpassungen mit berücksichtigt werden.

Howard Chernick (Hunter College/CUNY) analysierte den Einfluss der Rezession auf die Steuereinnahmen der US-Bundesstaaten. Demnach reagieren US-Staaten mit relativ progressiven Steuersystemen im Durchschnitt nicht anfälliger auf Rezessionen. Mehrheitlich dienen die steuerlichen Strukturen der Bundesstaaten einer Dämpfung, nicht der Verstärkung der Effekte auf die Einnahmen, und überraschenderweise führt eine höhere Steuerbelastung oberer Teile der Einkommensverteilung tendenziell zur Milderung eines rezessionsbedingten Rückgangs der Steuereinnahmen.

Ebenfalls anhand neuester Methoden zeigte *Tim Callan* (ESRI, Dublin und IZA) für Irland eine wachsende Konzentration des Arbeitseinkommens im oberen Bereich der Einkommensverteilung während der Rezession. *Alari Paulus* (ISER, University of Essex) legte den Fokus seiner Untersuchungen auf die Verteilungseffekte fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen in verschiedenen EU-Ländern. Mit Hilfe des EU-Mikrosimulationsmodells EUROMOD fand er heraus, dass in den meisten Ländern tendenziell reichere Haushalte eine relativ höhere Steuerlast tragen müssen. Jedoch gäbe es auffallende Abweichungen hinsichtlich der Höhe, Gestaltung und Effekte fiskalischer Konsolidierung. Anhand einer ähnlichen Methode untersuchte *Robert Joyce* (IFS) kurz- und langfristige Auswirkungen der Rezession auf die britische Einkommensverteilung. Trotz relativ stabiler Armutsindikatoren während der Rezession sei ein Armutsanstieg in der Post-Rezessionsperiode aufgrund reduzierter Sozialleistungen sehr wahrscheinlich. *Damon Morris* (University of Sheffield) ergänzte diese Analyse: Seine Resultate zeigen signifikante Unterschiede



de in der Lohnverteilung vor und nach der Rezession – mit weniger Arbeitsstunden und einer geringeren Neigung Vollzeit zu arbeiten nach der Krise. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Akkumulation von Humankapital. *Alberto Tumino* (ISER, University of Essex) analysierte die Verbindung zwischen der Nachfrage nach höherer Bildung und den herrschenden Arbeitsmarktbedingungen in Großbritannien. Finanziell eingeschränkte Jugendliche, die im Durchschnitt weniger oft höhere Bildungswege einschlagen, sind demnach anfälliger für den Einfluss der momentanen Arbeitsmarktbedingungen auf die Opportunitätskosten der Bildung und die erwarteten Gewinne daraus. Die Studie schlägt vor, dass Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Erholung dienen sollen, vor allem auch darauf zielen sollten, die Nettoerträge der Bildung für Jugendliche zu erhöhen.

Samuel Freije-Rodriguez (World Bank) präsentierte eine Arbeit der Weltbank zum Einfluss der Rezession auf Armut, Ungleichheit und die Arbeitsmärkte in latein-amerikanischen Ländern. Der Studie zufolge bestimmt die Leistungsfähigkeit und Effizienz eines Arbeitsmarktes, wie stark die Auswirkungen einer Krise auf die Individuen am unteren Ende der Einkommensverteilung sind. Alternative Einkommensquellen, wie etwa Sozialleistungen, sind von elementarer Bedeutung zur Kompensation von Benachteiligungen und Armut. Ein Großteil der weltweit zu beobachtenden Veränderungen von Arbeitseinkommen gehe unmittelbar auf verringerte oder gestiegene Einkünfte und nicht auf Änderungen in der Beschäftigung zurück. Allerdings erklärten gerade in den ohnehin besonders stark benachteiligten Ländern Arbeitsplatzverluste die Zunahme von extremer Armut.

David Neumark (University of California, Irvine und IZA) untersuchte die Effekte staatlicher Förderprogramme für Neueinstellungen in den USA auf das Jobwachstum. Für die meisten dieser Programme fand er dabei keine positiven Auswirkungen auf den Anstieg der Beschäftigung. Jedoch konnte er einige Maßnahmen identifizieren, die Erfolge brachten, darunter vor allem jene, die Arbeitslose betrafen und bei denen der Staat die Förderungen zurücknehmen konnte, wenn festgesetzte Ziele für die Beschäftigungsschaffung nicht erreicht wurden. *Gerard Pfann* (Maastricht University und IZA) präsentierte eine Analyse niederländischer Programme zum Erlass von Abfindungszahlungen während der Rezession. Ein neuer Datensatz bot die Gelegenheit, wichtige Unterschiede bei der Verfahrensdauer und der Verteilung von Kündigungskosten für individuelle Entlassungsfälle mit und ohne derartige Programme herauszuarbeiten. Pfann zeigte, dass diese Unterschiede ein wichtiger Grund für die vergleichsweise positive Entwicklung des niederländischen Arbeitsmarktes im Gegensatz zu anderen EU-Ländern in den letzten zehn Jahren sind.

David Blanchflower stellte Analysen zur Verbindung zwischen Arbeitslosenrate in den USA und dem Immobilienmarkt vor. Die Zahl der Hauseigentümer in einem Bundesstaat stehe in unmittelbarer Beziehung zu einem späteren Anstieg der Arbeitslo-

senrate in diesem Staat. Dieses Ergebnis lässt sich durch niedrigere Arbeitsmobilität begründen, die durch den Immobilienbesitz induziert wird. Der Immobilienmarkt kann somit negative Externalitäten für den Arbeitsmarkt hervorrufen.

Ira N. Gang (Rutgers University und IZA) zeigte anhand bulgarischer Daten den Einfluss von exzessiv steigenden Lebensmittelpreisen und fallenden Einkommen während der Krise auf die Ernährung. Je stärker sich Haushalte während einer Krise dazu veranlasst sehen, ihren Konsum neu auszurichten, umso rascher und deutlicher verändern sich in Reaktion hierauf die Einkommens- und Preiselastizitäten für Lebensmittel. Diese Ergebnisse stellen die implizite Annahme der bisherigen Literatur in Frage, dass diese Elastizitäten für Lebensmittel relativ starr sind und durch Schocks kaum beeinflusst werden.

Paola Giuliano (University of California, Los Angeles und IZA) präsentierte Untersuchungen zu Langzeiteffekten der makroökonomischen Umgebung im Jugendalter auf die Präferenzen für staatliche Umverteilung. Offenbar sind Personen, die als Kind eine Rezession erlebt haben, eher der

Überzeugung, der Erfolg im Leben hänge von Glück statt von der persönlichen Anstrengung ab. Sie neigen daher dazu staatliche Umverteilungen zu unterstützen und wählen eher linksgerichtete Parteien.

Zum Abschluss des Workshops moderierte IZA Senior Policy Advisor *Jo Ritzen* eine Diskussionsrunde zum Thema „How to End the Slump?“. Er selbst stellte dabei einen Vorschlag zur Einführung eines europäischen Jugendkredit-Programms zur Ankurbelung der Wirtschaft und Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit zur Diskussion. *David Blanchflower* plädierte für eine Konsumstimulierung für Haushalte mit geringem Einkommen und einen Ausbau der Investitionsanreize für Firmen zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigung. *Bertil Holmlund* regte darüber hinaus eine Kombination von lockerer Geldpolitik und gezielten fiskalischen Maßnahmen an. Zusätzlich könne eine Implementierung von Einstellungsinterventions und eine Umsetzung des deutschen Ausbildungssystems Erfolg bringen.

David Neumark betonte, dass die Subventionierung von Bildung langfristig vorteilhaft sei, vor allem vor dem Hintergrund enor-

mer Jugendarbeitslosigkeit. Die Teilnehmer waren einig darüber, dass es gerade auf den Arbeitsmärkten Südeuropas erheblicher struktureller Reformen bedarf. *Paola Giuliano* unterstrich dabei die Rolle der Institutionen und politischen Systeme in den besonders stark betroffenen Ländern, die eine Durchsetzung solcher Reformen bisher oft behindern.

Der Workshop zeigte deutlich, wie stark die Einflüsse der Rezession auf Einkommensverteilungen und Arbeitsmärkte sind. Dabei sind die Analysen auch auf die Erfahrungen aus vergangenen Rezessionen und Simulationsmodelle angewiesen, weil Mikrodaten der anhaltenden Krise noch nicht in vollem Umfang verfügbar sind. Ziel muss es deshalb sein, nicht nur die verfügbaren wissenschaftlichen Methoden zu verfeinern und zu verbessern, sondern auch Daten noch rascher bereitzustellen, um schnellstmögliche fundierte Politikberatung seitens der Wissenschaft anbieten zu können.

Die vorgestellten Forschungspapiere sind online abrufbar:

► www.iza.org/link/FoL2013

Die Arbeitsmärkte der MENA-Staaten vor großen Herausforderungen: IZA-Workshop in Tunis

Am 15. und 16. März 2013 fand in der tunesischen Hauptstadt Tunis ein Workshop zur Situation der Arbeitsmärkte im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Staaten) statt. Das IZA hat den Reformprozess in der Region frühzeitig unterstützt und sich unter anderem auch an entsprechenden Aufrufen an die europäische Politik beteiligt (► <http://www.iza.org/link/G8Tunesien>). Für die wissenschaftliche Diskussion schaffen nun das IZA Journal of Labor & Development (IZA JOLD) und das IZA Journal of Labor Policy (IZA JOLP) mit entsprechenden Themenschwerpunkten ein breites Forum. Auch ausgewählte Workshopbeiträge werden hier publiziert. An der Veranstaltung nahmen mit den IZA-Programmdirektoren *David Lam* (University of Michigan) und *Hartmut Lehmann* (University of Bologna) sowie den IZA Research Fellows *Juan F. Jimeno* (Bank of Spain) und *David Neumark* (UC Irvine) auch die Herausgeber beider Zeitschriften teil. Die Workshop-Organisatoren *Núria Rodríguez-Planas* (IZA und IAE-CSIC) und *Jackline Wahba* (University of Southampton und IZA) sind als Managing Editors gleichfalls für diese IZA Journals tätig. Als Editor-in-Chief aller fünf IZA-Onlinezeitschriften wirkte auch IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Uni-

versität Bonn) am Workshop mit. IZA-Programmdirektorin *Amelie Constant* (George Washington University und Temple University) repräsentierte als Mitherausgeberin das IZA Journal of Migration (IZAJOM).

Zum Auftakt der Veranstaltung gab *Ragui Assaad* (University of Minnesota) einen breiten Überblick zu den Charakteristika und Problemen auf den Arbeitsmärkten der Region. Er zeichnete nach, wie es autoritären Regimen in den MENA-Ländern über lange Zeit gelingen konnte, direkt oder indirekt vom Ölhandel zu profitieren und der eigenen Bevölkerung eine Vielzahl an sozialen und ökonomischen Vorteilen zu gewähren, damit diese die autokratischen Strukturen stillschweigend akzeptierte. Dieser gesellschaftliche „Vertrag“ hatte bedeutende Konsequenzen für die Arbeitsmärkte der betroffenen Länder, etwa in Form eines übergroßen öffentlichen Sektors. Das Zerbrechen dieser Konstellation im Zuge der politischen Veränderungen und die gleichzeitig besonders junge Struktur der Bevölkerung hat entscheidend zu den aktuellen Besonderheiten der MENA-Arbeitsmärkte geführt. Dort findet man heute eine erhöhte Informalität, nur einen kleinen formalen

Privatsektor und hohe Arbeitslosenquoten auch unter gut gebildeten Jugendlichen.

Der ehemalige tunesische Arbeitsminister *Said Aidi* referierte über die ökonomischen Herausforderungen, mit denen sich sein Land konfrontiert sieht. Dabei betonte er die großen regionalen und geschlechtsspezifischen Beschäftigungsungleichgewichte, den Bedarf an mehr Wachstum und Beschäftigung, das niedrige Niveau ausländischer Direktinvestitionen sowie die prinzipiell günstigen Wachstumsperspektiven in den Schlüsselsektoren der Energie-, Umwelt- und Landwirtschaftsbranchen. *Aidi* forderte zugleich eine systematische Integration der MENA-Staaten in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Während sein Fokus dabei vor allem auf Maßnahmen zur Stärkung der Arbeitsnachfrage lag, wie zum Beispiel die Reform von Institutionen und die Investition in Zukunftstechnologien, betonten andere Workshop-Teilnehmer vor allem den erheblichen Bedarf an Maßnahmen im Hinblick auf das Arbeitsangebot.

Irène Selwaness (Cairo University) präsentierte eine Studie zu den Auswirkungen

von Handelsliberalisierungen auf die Informalität in Ägypten, die sich ihren Analysen zufolge deutlich erhöht hat. *Shireen AlAzzawi* (Santa Clara University) stellte Untersuchungen zum Einfluss von Handelsreformen auf geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten und die Beschäftigung von Frauen in Ägypten vor. Demnach wirkt sich eine stärkere Liberalisierung des Handels eher negativ auf die relativen Löhne von Frauen und deren Beschäftigung aus. Jedoch fand sie auch Belege dafür, dass sich eine erhöhte Exportintensität positiv auf die Beschäftigung von Frauen auswirken kann.



Chaimaa Yassine (University of Paris 1 Panthéon-Sorbonne) präsentierte auf der Grundlage ägyptischer Daten ein strukturelles Modell mit zwei verschiedenen – öffentlichen und privaten – Beschäftigungssektoren in einem Arbeitsmarkt mit Suchfraktionen und heterogenen Produktivitäten. Dabei ermittelte sie sehr niedrige Mobilitätsraten zwischen den Arbeitsmärkten. *Aysit Tansel* (Middle East Technical University und IZA) stellte Forschungsergebnisse zur Arbeitsmobilität im formellen und informellen Sektor der Türkei zur Diskussion. Den Effekt von Bildungserfolgen auf den Beschäftigungsstatus tunesischer Männer erörterte *Miguel Pellicer* (Ger-

man Institute of Global and Area Studies, GIGA), während *Rihab Bellakhal* (Tunis Graduate School of Business) den Einfluss von in Tunesien angebotenen beruflichen Weiterbildungsprogrammen auf Beschäftigung und Löhne thematisierte.

Zum Abschluss werteten zwei weitere Studien natürliche Experimente aus, um die Effektivität von Politikreformen zu untersuchen. Zunächst analysierte *Hatice Ayhan* (University of Bologna) die Auswirkungen reduzierter Sozialversicherungskosten für junge Männer (19-29 Jahre) und Frauen (älter als 18 Jahre) in der Türkei im Zeitraum 2008-2010 auf die Entstehung formeller Beschäftigungsverhältnisse innerhalb der Zielgruppen. *Stijn Broecke* (OECD) untersuchte, ob eine Beschäftigungssubvention für Hochschulabsolventen im Hinblick auf die Verbesserung tunesischer Arbeitsergebnisse effektiv sein könnte.

Die IZA-Homepage stellt die präsentierten Forschungsarbeiten zum weiteren Studium bereit.

► www.iza.org/link/MENA2013

IZA-Jahreskonferenz zur ökonomischen Analyse von Risikoverhalten

Vor fünf Jahren rief IZA-Programmdirektorin *Amelie F. Constant* (George Washington University; Temple University) gemeinsam mit IZA-Fellow *Erdal Tekin* (George State University) das Annual Meeting on the Economics of Risky Behaviors (AMERB) ins Leben. Inzwischen ist die Fachkonferenz ein fester Bestandteil des umfangreichen IZA-Veranstaltungskanons. Als Tagungsort diente in diesem Jahr das Center for Global Dialogue der Swiss Re in Zürich.

Nach der Begrüßung durch IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) und die Organisatoren Constant und Tekin eröffnete *Nathan Tefft* (University of Washington) den Workshop mit einer Studie zur Auswirkung von Börsenschwankungen auf riskante Verhaltensweisen. Nach den US-Börsencrashes von 1987 und 2008/2009 kam es nachweislich vermehrt zu Tabakkonsum, Alkoholmissbrauch, tödlichen Verkehrsunfällen und psychischen Erkrankungen.

Jason M. Lindo (University of Oregon und IZA) ermittelte anhand von Daten aus dem US-Bundesstaat Kalifornien, dass Männer auf Arbeitsplatzverlust verstärkt mit häuslicher Gewalt gegen Kinder reagieren, während bei Frauen das Gegenteil zu beobachten ist. So erklärt sich, dass Kinder während der Rezession insgesamt nicht vermehrt zu Opfern häuslicher Gewalt wurden, obwohl die Haushaltseinkommen

insgesamt abnahmen und Armut allgemein gewaltfördernd wirkt.

Der renommierte Gesundheitsökonom *Michael P. Eriksen* (Georgia State University) gab einen umfassenden Einblick in die negativen ökonomischen Folgen des Rauchens. Gesundheitsaspekte spielten auch in der Präsentation von *Charles Couremanche* (Georgia State University) eine Rolle, der die Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren auf den durchschnittlichen Body-Mass-Index von US-Amerikanern analysierte. Laut seiner Studie lässt sich die Zunahme von Übergewichtigkeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem beträchtlichen Teil auf die vom Aufschwung getriebene Neuansiedlung von Restaurants und Verbrauchermärkten zurückführen. *Nicolas R. Ziebarth* (Cornell University und IZA) stellte ein Modell vor, nach dem ein hoher Arbeitsschutz nicht notwendigerweise durch geringere Löhne „erkauft“ werden muss, weil Investitionen in den Arbeitsschutz auch vom Arbeitnehmer selbst vorgenommen

werden können. Empirisch zeigte er, dass übergewichtige Arbeitnehmer in risikoreichen Berufen auch deshalb weniger verdienen, weil sie nachweislich häufiger von Arbeitsunfällen betroffen sind – ein Risiko, dass sie selbst verringern könnten.

Mevlude Akbulut-Yuksel (Dalhousie University und IZA) ermittelte auf der Grundlage detaillierter Daten zu Einwohnern deutscher Städte, die während des Zweiten Weltkriegs zerstört wurden, dass sich das Kriegstrauma während der Kindheit langfristig auf die körperliche Gesundheit der Betroffenen auswirkt. *Jason Hockenberry* (Emory University) wies darauf hin, dass



neue, minimal-invasive Operationsmethoden die Patientengesundheit negativ beeinflussen können, denn Herzpatienten hörten eher mit dem Rauchen und Trinken auf, je schwerwiegender der operative Eingriff war.

Andrew J. Oswald (University of Warwick und IZA) ging anhand der Nutzung bzw. Missachtung von Fahrzeug-Sicherheitsgurten der Frage nach, warum Menschen trotz zahlreicher staatlicher Präventionsmaßnahmen extreme Gesundheitsrisiken in Kauf nehmen. Nach seiner Einschätzung sollten solche Maßnahmen stärker auf die psychologischen Ursachen statt auf die symptomatischen Verhaltensweisen abzielen. Einen direkten Einfluss der Arbeitsmarktsituation auf die Selbstmordrate belegte die von *Yarine Fawaz* (Universität Autònoma de Barcelona) vorgestellte Studie.

Die Keynote-Rede von *John Cawley* (Cornell University und IZA) ging auf die Probleme bei der Erforschung menschlichen Risikoverhaltens ein, unter anderem die mangeln-

de Datenverfügbarkeit in vielen Bereichen, aber auch die Widerstände von Nicht-Ökonomen (insbesondere Mediziner), die bisweilen anzweifeln, dass die Wirtschaftswissenschaft zu diesem Forschungsfeld wertvolle Erkenntnisse beitragen kann.

In einer weiteren Vortragsrunde wertete *Magnus Lofstrom* (Public Policy Institute of California und IZA) eine Gefängnisreform in Kalifornien aus, die zu einer geringeren Inhaftierungsquote ohne nennenswerten Effekt auf die Kriminalitätsrate führte. *Rodrigo R. Soares* (PUC-Rio und IZA) untersuchte brasilianische Jugendbanden unter „Arbeitsmarktaspekten“ und zeigte, welche „Qualifikationen“ einer Bandenkarriere am förderlichsten sind.

Um Drogenmissbrauch ging es sowohl in der Präsentation von *Sarah Cattan* (Institute for Fiscal Studies, London), die den Einfluss von Geschwistern auf den individuellen Drogenkonsum bezifferte, als auch in der Studie von *Monica Deza* (University of Texas at Dallas), nach der US-Amerikaner

ab einem Alter von 21 Jahren seltener zum Einstieg in harte Drogen neigen, wenn Alkohol legal verfügbar ist. Dass auch weiche Drogen die Arbeitsmarktchancen verringern können, zeigte *Deborah A. Cobb-Clark* (University of Melbourne und IZA) anhand von australischen Daten. Demnach führt Marihuana-Konsum im Jugendalter zu einer erhöhten Schulabbrecherquote und schlechteren Abschlussnoten. In diesem Zusammenhang stellte *Núria Rodríguez-Planas* (IZA und IAE-CSIC) ein erfolgreiches Förderprogramm aus den USA vor, das das Risikoverhalten unter Jugendlichen insgesamt verringern und die Zahl der erfolgreichen Schulabschlüsse deutlich steigern konnte. Bei besonders gefährdeten Jugendlichen erwies sich das Programm allerdings als wirkungslos – zum Teil wurden sie sogar durch andere Teilnehmer verstärkt zu risikanten Verhaltensweisen animiert.

Ein Großteil der vorgestellten Studien ist online abrufbar:

► www.iza.org/link/AMERB2013

Ältere Beschäftigte besser integrieren: IZA-Workshop in Bonn

Im Fokus eines spannenden IZA-Workshops stand die Arbeitsmarktsituation älterer Beschäftigter. Wie beeinflusst die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung die Erwerbsanreize für Ältere, welcher Zusammenhang besteht zwischen Alter, Gesundheit und Produktivität, zu welchen Arbeitsangebotseffekten führen Frühverrentungsmaßnahmen?

Die Workshop-Organisatoren *Pierre Cahuc* (Ecole Polytechnique Paris und IZA-Programmdirektor) und *Konstantinos Tatsiramos* (University of Leicester und IZA) versammelten zu diesem Themengebiet am 12. und 13. April 2013 in Bonn zahlreiche internationale Experten. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, ausbleibenden Fachkräftenachwuchses und des stetig sinkenden Zahlenverhältnisses zwischen Beschäftigten und Rentnern ist die Einbindung älterer Beschäftigter in den Erwerbsprozess bedeutsamer denn je. Mögliche Politikmaßnahmen werden kontrovers diskutiert.

Der Workshop studierte zunächst die Wechselwirkungen zwischen der Ausgestaltung von Arbeitslosenversicherungen und dem Arbeitsangebot älterer Arbeitnehmer. *Kathrin Degen* (University of Lausanne) analysierte die mittelfristigen Effekte einer Kürzung der Bezugsdauer von Sozialleistungen auf Beschäftigung und Einkommen in der Schweiz. Ihre Analyse

gründete auf einer Schweizer Reform aus dem Jahr 2003, die die Bezugsdauer für Arbeitsuchende unter 55 Jahren von 24 auf 18 Monate verkürzte. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass daraus eine substanziale Erhöhung der Beschäftigungsraten und der Einkommen von 50- bis 54-Jährigen resultierte.

Wenn Arbeitslose in Schweden den Bezug regulärer Sozialleistungen ausgeschöpft haben, können sie dennoch weiterhin Unterstützung über die Teilnahme an einem Arbeitsmarktprogramm erhalten. *Ulrika Vikman* (IFAU) untersuchte vor diesem Hintergrund die Effekte einer Reduzierung der Bezugsdauer passiver Leistungen für Arbeitslose im Alter von 55 und 56 Jahren von 90 auf 60 Wochen auf deren Wahrscheinlichkeit Beschäftigung zu finden. Die Analysen dokumentieren eine erhöhte Jobfindungsrate als Resultat der verkürzten Bezugsdauer. Hauptursache für diesen Effekt ist dabei nicht die Absenkung des Anspruchslohns, sondern die Intensivierung der eigenen Suchaktivitäten. Auch *Conny Wunsch* (Freie Universität Amsterdam und IZA) betrachtete die Effekte einer Kürzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung. Anhand deutscher Daten zeigte sie, dass Arbeitnehmer zwischen 57 und 62 Jahren, die eine solche Kürzung antizipierten, darauf entsprechend rational reagierten. Ihr Verhalten änderte sich auffallend in der Zeit

zwischen der Bekanntgabe der Reformen und deren gesetzlicher Einführung. Nach Inkrafttreten der Reform verringerte sich die Wahrscheinlichkeit für ältere Arbeitnehmer, ihre Beschäftigung aufzugeben.

Reformen hinsichtlich der Bereitstellung und Großzügigkeit von Arbeitslosenversicherungen für ältere Arbeitnehmer können weitere Aspekte beeinflussen, wie zum Beispiel die Entscheidung zur Selbstständigkeit als attraktivere Alternative zur abhängigen Beschäftigung oder als Brücke in den Ruhestand. *Jim Been* (University of Leiden) untersuchte, ob Selbstständigkeit im fortgeschrittenen Alter als Mechanismus zum schrittweisen Renteneintritt genutzt wird oder eher aus Gründen mangelnder Beschäftigungsalternativen. Seine Studie zur Situation in den Niederlanden ergab, dass Selbstständigkeit bei Älteren primär dazu genutzt wird, um eine Phase der Arbeitslosigkeit zu beenden oder sie zu verhindern.

Karsten Wasiluk (Universität Konstanz) betrachtete, wie der erwartete Anstieg des Anteils älterer Arbeitnehmer an den Gesamtbeschäftigten das Technologieniveau der Firmen beeinflusst. Ältere Arbeitnehmer könnten – so die Ausgangsthese – weniger auf neue Technologien vorbereitet sein, sind vielleicht weniger in der Lage sich anzupassen oder erhalten weniger Fortbildungen aufgrund einer kürzeren

„Restlebensarbeitszeit“. Anhand eines dynamischen Gleichgewichtsmodells kann gezeigt werden, dass sich aufgrund der vorhergesagten Altersverschiebung innerhalb der deutschen Arbeitsbevölkerung in den Jahren 2010 bis 2025 das jährliche Produktivitätswachstum voraussichtlich verschlechtern wird.

Die Beziehung zwischen Produktivität und Alterung ist also relevant für ökonomisches Wachstum und kann auch die Entscheidung der Firmen beeinflussen, ob sie ältere Arbeitnehmer weiterbeschäftigen. Zwar verschlechtern sich im Durchschnitt die kognitiven Fähigkeiten mit zunehmendem Alter. Zur gleichen Zeit wirkt aber die wachsende Erfahrung der betroffenen Arbeitnehmer als ausgleichender Faktor. *Tuomas Pekkarinen* (Aalto University und IZA) nutzte Stücklöhne als Variable für Produktivität und Gehaltsdaten finnischer Produktionsfirmen, um zu untersuchen, ob sich die Produktivität während eines Lebenszyklus ändert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Produktivität zwischen 20 und 30 Jahren stark ansteigt, weniger stark im Alter zwischen 30 und 45 und schließlich sehr gering sinkt ab einem Alter von 45 Jahren. Insgesamt können diese Ergebnisse die Hypothese abnehmender Produktivität im Alter nicht stützen.

Empirische Studien zeigen, dass Lohnungleichheit je nach Lebensalter variiert. *Petra Marotzke* (Universität Konstanz) entwickelte ein Lebenszyklusmodell des Arbeitsmarktes, um dieses Muster zu erklären. Dabei betrachtete sie insbesondere drei Faktoren: den Zeithorizont bis zum Ruhestand, der die optimale Suchanstrengung im Alter sinken lässt; die Passgenauigkeit der Beschäftigung, wobei für Ältere die Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung bei einer fremden Firma mit höherer Passgenauigkeit zu finden, mit der Qualität der aktuellen Anstellung sinkt; sowie die Verhandlungsposition älterer Arbeitnehmer, die Einfluss auf deren Anspruchslohn nimmt.

Renteneintrittsentscheidungen waren ein weiterer Diskussionsschwerpunkt des Workshops. *Andrea Weber* (Universität Mannheim und IZA) untersuchte den Einfluss zweier Erhöhungen des Renteneintrittsalters in Österreich auf das Arbeitsangebot und betrachtete dazu die Entscheidung betroffener Arbeitnehmer, ihre Beschäftigung aufzugeben und vorzeitig Rentenzahlungen zu beanspruchen. Sie konnte zeigen, dass Frauen und Männer Beschäftigungsaufgabe und Renteneintritt in Reaktion auf die Reformen verschoben. *Raymond Montizaan* (ROA, Maastricht University und IZA) erforscht

te die Effekte einer Kürzung von Rentenzahlungen auf die Arbeitsmotivation nach einer Reform in den Niederlanden, die Arbeitnehmer ab dem Jahrgang 1950 betraf. Seine Ergebnisse weisen auf eine signifikant niedrigere Arbeitsmotivation unter betroffenen Arbeitnehmern hin. Diese Effekte sind offenbar besonders hoch für Beschäftigte, die selbst im Jahr 1950 oder kurz danach geboren sind sowie viele Kollegen um sich haben, die von der Reform nicht betroffen sind und die Maßnahme daher als besonders unfair betrachten.



Um die Partizipationsraten zu erhöhen, setzte unter anderem auch Italien Korrekturen bei der Frühverrentung durch und erhöhte gleichzeitig die Attraktivität von Weiterbildungsprogrammen für Jüngere wie Ältere. Eine Studie von *Daniela Sonedda* (University of Piemonte Orientale) untersuchte diesen Zusammenhang von Rentenreformen und Bildungsanreizen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein Anstieg des Renteneintrittsalters die Wahrscheinlichkeit des Ruhestands verringert und diejenige von Bildungsanstrengungen (Älterer) erhöht. Dabei wirken finanzielle Förderungen jedoch nur gering positiv und effektiver auf junge Arbeitnehmer.

Marcello Sartarelli (Universidad de Alicante) prüfte anhand eines entsprechenden Programms in Bolivien den Einfluss von spezifischen Transferzahlungen auf das Arbeitsangebot von Älteren. Solche Zahlungen ziehen den bolivianischen Daten zufolge gering negative Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung nach sich, haben jedoch weitaus größere Effekte für Frauen in städtischen Regionen, die ihr Arbeitsangebot im zeitlichen Umfeld des erwarteten Transfers deutlicher reduzieren.

Frühverrentungsmaßnahmen wurden in der Vergangenheit vor allem damit be-

gründet, dass sie die Beschäftigungschancen der Jüngeren verbessern, sehen sich aber heute allgemein großer Kritik ausgesetzt, weil sie den Beitrag der Älteren zur Finanzierung der Alterssicherungssysteme verringern. Auch der Substitutionseffekt Jung gegen Alt ist Untersuchungen zufolge nicht gegeben. Jenseits dieser Aspekte untersuchte *Ola Vestad* (Statistics Norway), ob ein früher Ruhestand von Älteren die Arbeitsmarktbedingungen von Jüngeren zumindest im Grundsatz verbessert. Anhand eines Po-

litikwechsels zur Frühverrentung in Norwegen, der Veränderungen in der Anzahl frei werdender Stellen erzeugte, konnte Vestad zeigen, dass für jeden zusätzlichen Rentner rein rechnerisch zusätzlich Raum für einen neuen Beschäftigten geschaffen wird. Inwieweit sich eine 1:1-Substitution in der Praxis realisieren lässt, hängt allerdings vom Qualifikationsniveau der Jobeinstieger ab.

Gesundheit und Ruhestand weisen enge Wechselbeziehungen auf. Über die allgemeinen Zusammenhänge tendenziell angegriffener Gesundheit im Alter hinaus könnte der Zeitpunkt des Renteneintritts auch Einfluss auf die Verbreitung neuer „Volkskrankheiten“ wie Übergewichtigkeit nehmen. Ausgehend von dieser These untersuchte *Mathilde Godard* (CREST) den Effekt des Ruhestands auf das Körpergewicht. Dazu nutzte sie europäische Daten für ältere Arbeitnehmer und wertete Veränderungen in Rentensystemen aus. Ihre Ergebnisse zeigen, dass der Ruhestand(szeitpunkt) als solcher nur zu einem geringen Anstieg des Übergewichtsriscos führt.

Der Zeitpunkt der Verrentung und politische Reformen des Renteneintrittsalters können ebenso Einfluss auf den Krankenstand nehmen. *Hans Bloemen* (Freie Uni-

versität Amsterdam und IZA) analysierte den Effekt von frühem Ruhestand auf die Sterblichkeit in den Niederlanden, indem er die befristete Möglichkeit öffentlich Bediensteter betrachtete, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Die Ergebnisse seiner

Studie deuten darauf hin, dass Frühverrentung bei Männern die Wahrscheinlichkeit, innerhalb der kommenden fünf Jahre zu sterben, merklich reduziert. Für Frauen besteht diesbezüglich kein signifikanter Zusammenhang.

Die im Rahmen des Workshops erörterten Forschungsarbeiten sind über die IZA-Homepage kostenlos abrufbar.

► www.iza.org/link/olderworkers2013

Die Rolle von Führungskräften: Workshop von IZA und Cass Business School

Am 9. Mai 2013 folgten rund 100 Experten aus Ökonomie, Psychologie, Soziologie und Politik einer Einladung des IZA und der Cass Business School London zu einem interdisziplinären Workshop zur Rolle von Führungskräften in der Wirtschaft. Es war nach 2012 bereits der zweite Workshop zu diesem von Ökonomen oft in seiner Bedeutung unterschätzten Thema, diesmal aus fachübergreifender Perspektive. Gemeinsam organisiert von *Amanda Goodall* (Cass Business School und IZA) und *Andre Spicer* (Cass Business School), präsentierte der Workshop 17 Redner in fünf verschiedenen Themensitzungen, denen jeweils eine offene Diskussion mit lebhaftem Ideenaustausch angeschlossen war.

Den Anfang machte der Politikwissenschaftler *Donald Searing* (University of North Carolina, Chapel Hill) mit einer Präsentation zur Psychologie politischer Führung. Anhand umfangreicher Daten britischer Politiker seit den 1970er Jahren versucht Searing die Hauptmotivation und die Qualifikationen von Politikern aufzudecken, die sie zur Ausübung ihrer Ämter befähigen.

Die Psychologin *Jo Silvester* (Cass Business School), widmete sich ebenfalls der Analyse von Eigenschaften politischer Führungskräfte. Im Verlauf ihrer Studie arbeitete sie mit der konservativen Partei Großbritanniens zusammen und entwickelte im Jahr 2001 den ersten kompetenzbasier-

ten Auswahlprozess für zukünftige Parlamentskandidaten. Seitdem arbeitete sie an ähnlichen Projekten mit der liberalen Partei. Dabei unterzog sie den parteiinternen Zustimmungsprozess für mögliche Kandidaten der Wahl im Jahr 2010 einer Umstrukturierung. Als zunächst entschiedene Gegnerin von Quoten für Frauen und ethnische Minderheiten hält sie deren Einführung inzwischen für notwendig.

Das Thema „Quoten“ war auch Teil der Präsentation der Ökonomin *Amalia Miller* (University of Virginia). Ihre Arbeit untersucht am Beispiel Norwegens die Geschlechterverteilung in der Unternehmensführung und den Effekt der zunehmenden Anzahl von Frauen in Führungspositionen. Seit 2008 gilt in Norwegen eine Frauenquote von 40% für die Vorstände aller Aktiengesellschaften. Die Ergebnisse Millers zeigen deutlich, dass eine erhöhte Präsenz von Frauen dort die unternehmerischen Entscheidungen beeinflusst, etwa bei Entlassungen. Dies ist demnach vor allem der Tatsache geschuldet, dass Frauen mit Blick auf die Profitabilität eher weitsichtiger denken und planen als Männer.

Der zweite Abschnitt des Workshops behandelte das Thema „zögerliche Führung“. *Alice Eagly* (Northwestern University), Professorin für Psychologie und Management, untersuchte, inwieweit das Geschlecht, Vorurteile und Stereotypen Einfluss darauf nehmen, wer zu einer Füh-

rungskraft wird. *Federico Lega* (Bocconi University), Professor für Gesundheitssysteme und öffentliche Verwaltung, betrachtete Organisation und Management von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen. Dort ist es inzwischen weithin als sinnvoll anerkannt, dass Ärzte im Management und in der Leitung der Institutionen eingebunden werden, obwohl sie dies oftmals nur widerwillig tun und die professionellen Manager ihnen selten freiwillig den Platz räumen. Lega untersuchte vor diesem Hintergrund die Anreize und Grenzen einer ärztlichen Führungsrolle.

Mats Alvesson (Lund University) ist Professor für Organisation und einer der Mitbegründer der „Critical Management Studies“. Er unterstrich die Bedeutung intensiverer Forschungsarbeiten zur Interaktion zwischen Führungskraft und Untergebenen, die bislang zu wenig Beachtung erhalte. Die Rolle der Führungskraft betrachtet er insgesamt eher kritisch – die kausale Verbindung zwischen Führungsstil und Leistung sei nicht eindeutig. Im Anschluss gab *Laura Empson* (Cass Business School), Professorin für Management, Einblicke in ihre Forschung zu professionellen Dienstleistungsfirmen. Dabei zeigte sie, dass Anwälte weder geführt werden wollen noch gerne führen. Denn dies widerspricht offenbar ihrer Auffassung von beruflicher Selbstständigkeit.

Sollten Führungskräfte Spezialisten oder Generalisten sein? Dies war die Leitfrage der dritten Sitzung, die von *Christina Shalley* (Georgia Institute of Technology), Professorin für organisatorisches Verhalten, eröffnet wurde. Sie berichtete aus ihren laufenden Forschungsarbeiten zu der Frage, wie Führungskräfte Arbeitsabläufe und -umfeld gestalten können, um die Kreativität der Angestellten zu fördern. *John Van Reenen* (CEP, London School of Economics und IZA) griff das Thema Führungskräfte im Gesundheitssektor wieder auf. Seinen Untersuchungen zufolge verbessern sich Führungsqualität und Produktivität, wenn Ärzte und nicht reine



Manager in Führungspositionen stehen. Der Arzt als Führungskraft war ebenfalls Thema der Präsentation von *James Stoller* (Lungenspezialist an der Cleveland Clinic in Ohio). Amanda Goodall konstatierte, dass Führungskräfte mit Spezialwissen im Allgemeinen bessere Leistungen bringen als Generalisten. Dies konnte sie anhand zahlreicher Beispiele aus dem Umfeld von Universitäten, Krankenhäusern und Sportteams belegen.

Andre Spicer forscht vor allem zu den Themen organisatorische Macht und Identität. Mithilfe von Befragungen in wissensintensiven Firmen zeigte er, dass erfolgreiche Führung mit bestimmten individuellen Eigenschaften erklärt werden

kann. *Martin Kilduff* (University College London) untersuchte, inwiefern Persönlichkeit und soziale Verbindungen die Rolle der Führungskraft beeinflussen. *John Antonakis* (University of Lausanne), ebenfalls Professor für organisatorisches Verhalten, betrachtete Vorhersagen und Resultate von Führungsrollen und problematisierte die Frage der Kausalität von Führungserfolgen.

„Können Führungskräfte ausgebildet werden, die nicht selbstsüchtig agieren?“ *David Day* (Professor für Management, University of Western Australia), *Randall Peterson* (Professor für organisatorisches Verhalten, London Business School) und *David Henderson* (Lehrbeauftragter für Ma-

agement, Cass Business School) nahmen zu dieser provokanten Frage im Rahmen einer Podiumsdiskussion Stellung. Die Topmanager der Finanzbranche und anderer Wirtschaftszweige sind seit geraumer Zeit erheblicher Kritik ausgesetzt. Gleichzeitig werden enorme Summen für die Führungskräfteentwicklung ausgegeben. Die Diskutanten waren sich in der Diagnose einig, dass es dringend nötig, aber eben auch möglich sei, Führungskräfte hervorzubringen, die dem Wohl anderer verpflichtet sind.

Video-Interviews mit den Workshop-Teilnehmern stehen hier zur Verfügung:

► <http://goo.gl/3ZWrH>

Von den Besten lernen: IZA Summer School in Labor Economics 2013

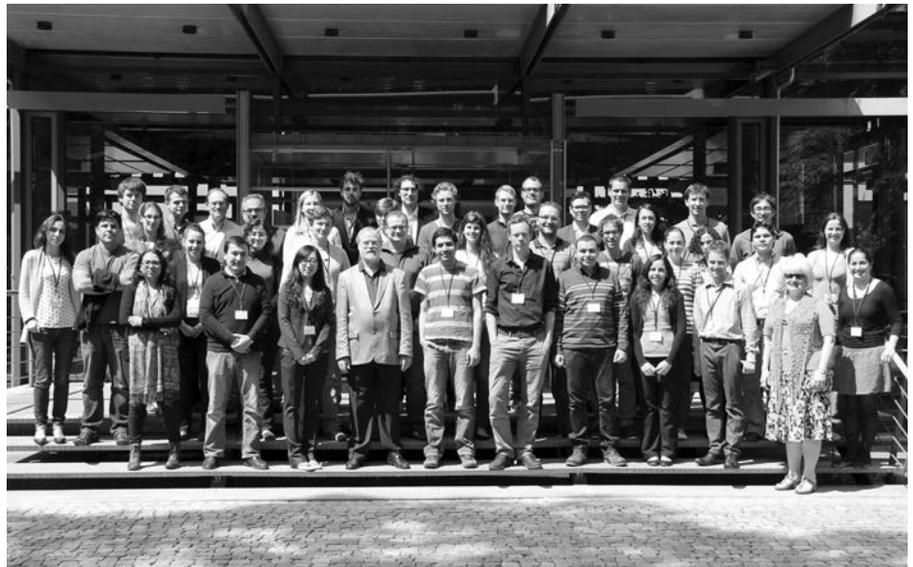
Bereits zum sechzehnten Mal fand vom 13.-19. Mai 2013 die IZA European Summer School in Labor Economics im Konferenzzentrum der Deutschen Post in Buch am Ammersee statt. Jedes Jahr bringt die IZA Summer School dort eine größere Anzahl junger Doktoranden mit erfahrenen Fachvertretern zusammen, um neue Bereiche der Arbeitsmarktforschung zu diskutieren. Die Studierenden erhalten dabei die Möglichkeit, ihre eigenen Arbeiten in Form von Präsentationen oder Postersessions vorzustellen und ihre Forschungsvorhaben mit den etablierten Forschern zu besprechen.

In diesem Jahr wurden 36 Doktorandinnen und Doktoranden aus 22 verschiedenen Nationen von Universitäten aus 13 unterschiedlichen Ländern aus einer sehr großen Bewerberzahl ausgewählt. Die Vorlesungen von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) und IZA Research Fellow *Jeffrey Wooldridge* (Michigan State University) deckten Theorie und Praxis der Arbeitsökonomie ab. Zimmermann widmete sich dem Thema „Migration und Ethnizität“ und referierte zu Mobilitätsfaktoren, Diskriminierung und den Effekten der EU-Erweiterung auf die europäischen Arbeitsmärkte. Wooldridge präsentierte den Studierenden ein umfang-

reiches methodisches Handwerkszeug zur angewandten Forschung auf fortgeschrittenem Niveau.

Darüber hinaus erhielten die Teilnehmer aus erster Hand wertvolle Einblicke in den wissenschaftlichen Publikationsprozess. Zimmermann und IZA-Programmdirektorin *Amelie F. Constant* (George Washington University und Temple University) erläuterten die effiziente Vorbereitung von Zeitschriftenbeiträgen und die Optionen

bei der Präsentation der Forschungsergebnisse. Der Leiter der IT-Abteilung des IZA, *Nikos Askitas*, stellte das International Data Service Center des IZA (IDSC) und seine umfangreichen Angebote vor. Als Vertreter des Summer School-Beirats nahm *Uwe Sunde* (Universität München) an der Veranstaltung teil und informierte über die Aktivitäten der European Association of Labour Economists (EALE), mit der das IZA eng kooperiert.



Wohlfahrtssysteme und Krisenabsicherung: Workshop von IZA, OECD und Weltbank

Am 21. und 22. Mai 2013 fand in Paris eine IZA/OECD/Weltbank-Konferenz zum Thema „Safety Nets and Benefit Dependence: Evidence and Policy Implications“

statt. Organisiert wurde sie von *Stéphane Carcillo* (OECD und IZA), *Herwig Immervoll* (OECD und IZA), *Stephen Jenkins* (London School of Economics und IZA), *Sebastian*

Königs (OECD), *Ramya Sundaram* (World Bank) und *Konstantinos Tatsiramos* (University of Leicester und IZA).

Wenn es um die Probleme und Bedürfnisse von Haushalten in Zeiten finanzieller Krisen geht, spielen die Sozialversicherungssysteme und deren Effizienz bzw. Ineffizienz eine gewichtige Rolle. Das wurde im Zuge der jüngsten globalen Rezession in

dauer, wiederholter Bezug und langfristige Veränderungen der Empfängerzahlen sind aus Verteilungsgründen wie aus fiskalischer Perspektive relevant. Zusätzlich zu ihrer Funktion, die Folgen individueller oder gesamtwirtschaftlicher Einkommens-

Die Konferenz brachte führende Wissenschaftler auf diesem Themengebiet zusammen. Die präsentierten Studien analysierten die Sozialhilfedynamik, die Interaktion von Sozialhilfe und anderen Programmen, die Reaktionsschnelligkeit von Sozialhilfesystemen während der Krise und die Frage, wie Sozialleistungen individuelles Verhalten beeinflussen. Untersuchungen zum Umfang von Transferabhängigkeit wurden unter anderem für Kanada, Deutschland, Norwegen, Schweden und Großbritannien vorgestellt. Am Beispiel der USA wurden Forschungsergebnisse zum weiteren Werdegang ehemaliger Transferempfänger und zu gewünschten oder unerwünschten Interaktionen zwischen verschiedenen Transferprogrammen diskutiert.



vielen Ländern der Welt erneut überdeutlich. *Stefano Scarpetta* (OECD und IZA) und *Ana Reventa* (World Bank) betonten zum Auftakt des Workshops den zentralen Stellenwert stabiler und ausreichend konfigurierter sozialer Sicherungssysteme als Abfederungsmechanismus in Krisenzeiten, die Ineffizienzen schonungslos offenlegen.

Übergangsmuster in und aus dem Bezug von Sozialleistungen sind wichtige Messinstrumente, um die Effektivität von Sozialversicherungssystemen zu messen. Insbesondere Kennzahlen wie Bezugs-

menschshocks abzdämpfen, versuchen aktive und aktivierende Sozial- und Arbeitsmarktmaßnahmen die Bezugsdauer kurz zu halten und eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Sozialhilfe und ähnliche Grundsicherungs- oder Wohlfahrtsleistungen sind in diesem Sinne international von sehr Interesse, da ihre potenziellen Empfänger einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind und sie im Durchschnitt vor schwerwiegenden Arbeitsmarkthürden stehen als die Empfänger erstrangiger Arbeitslosenunterstützung.

Verhaltenseffekte durch die Bereitstellung von Sozialleistungen und Aktivierungsmaßnahmen wurden an Länderbeispielen für Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Schweden verdeutlicht. Einen weiteren Diskussionsschwerpunkt bildete die zeitliche Entwicklung der Sozialausgaben und die Dynamik des Leistungsbezugs in den OECD-Ländern. Politikakteure aus Bulgarien, Griechenland und Polen steuerten Praxisberichte zur Funktionsweise der sozialen Absicherung unter dem Eindruck der aktuellen Krise bei.

Die wichtigsten Präsentationen der Experten stehen auf der IZA-Homepage zum weiteren Studium bereit:

► www.iza.org/link/safetynets2013

Transatlantische Zusammenarbeit: US-Botschafter Philip D. Murphy referiert vor IZA Policy Fellows

Vor dem Hintergrund der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen hielt der US-Botschafter in Deutschland, *Philip D. Murphy*, im Rahmen der Tagung der IZA Policy Fellows am 28. Mai 2013 in Berlin eine Rede zur Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit.

Murphy betonte, dass die USA und Europa vor den gleichen komplexen Herausforderungen stünden. Eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit dürfe dabei Aspekte wie Klimawandel, Energiewende, Haushaltsdefizite und demografische Fragen nicht ausklammern.

Für die USA sieht Murphy neue Möglichkeiten in der industriellen Produktion. Hier könne man vom deutschen System der dualen Ausbildung lernen und Synergien von

Wissenschaft und Industrie zur Förderung von Innovationen nutzen. Er erklärte auch, dass die Aussicht auf eine Energieunabhängigkeit der USA durch die Erschließung der heimischen Schiefergasvorkommen nicht nur die US-Unternehmen wettbewerbsfähiger mache, sondern von globaler Relevanz sei. Der Bot-

schafter warnte zwar, Prognosen zu Zukunftstechnologien könnten auch „völlig daneben“ liegen, bekräftigte jedoch, „dass Kreativität und Innovationskraft auch weiterhin den Wohlstand der Menschheit mehren werden.“

Im Hinblick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen zeigte sich Murphy sehr optimistisch. Die angestrebte transatlantische Freihandelszone sei ein „Gebot ökonomischer Vernunft“ und werde nicht nur die beteiligten Staaten noch enger zusammenrücken lassen, sondern auch einen wichtigen Stabilitätsanker für die gesamte Weltwirtschaft bilden. Auch bislang unterentwickelte Regionen würden davon profitieren.

Die vollständige Rede ist online abrufbar:

► www.iza.org/pfellows2013/speech



Philip D. Murphy, Klaus F. Zimmermann

Forschungsbericht diskutiert Strategien für eine weitere Öffnung der EU-Arbeitsmärkte nach Osten

Von einer weiteren Öffnung der EU-Arbeitsmärkte nach Osteuropa (in Richtung der „Östlichen Partnerschaft“ der EU mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland) würden sowohl die Herkunftsländer als auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union profitieren. Das ist der zentrale Befund eines internationalen Forschungsprojekts unter der Leitung von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn). Im Rahmen des Forschungsprojekts kooperierte das IZA mit CASE (Warschau), der Central European University (CEU, Budapest) und der London School of Economics. In insgesamt elf Länderberichten und zwei allgemeinen Studien wurden die Kosten-Nutzen-Effekte einer solchen Öffnung analysiert. Gemeinsam mit *Martin Kahanec* (CEU und IZA) und *Luca Barbone* (CASE) stellte Zimmermann den Abschlussbericht am 25. Juni 2013 der Europäischen Kommission in Brüssel vor.

Detaillierte Berechnungen bisheriger und künftiger Wanderungsbewegungen

ergaben, dass eine schrittweise Liberalisierung des Zugangs zu den EU-Arbeitsmärkten das Wirtschaftswachstum stärken und das Inflationsrisiko senken würde, ohne dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten wäre. Selbst bei einer vollständigen Öffnung wäre nur mit einem moderaten Anstieg der Zuwanderungszahlen zu rechnen. Die Experten weisen jedoch darauf hin, dass geeignete politische Maßnahmen nötig sind, um die Zuwanderung insbesondere Hochqualifizierter zu erleichtern und die Integration der Arbeitsmigranten zu fördern.

Für Deutschland sehen die Forscher das größte Manko in der Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen. Die bisherigen Zuwanderer aus den untersuchten Ländern, insbesondere aus der Ukraine, seien im Schnitt jünger und besser qualifiziert als Einheimische und EU-Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dennoch wiesen sie ein vergleichsweise hohes Arbeitslosigkeitsrisiko auf und seien häufig unter ihrem Qualifikationsni-

veau beschäftigt. Die Politik könne durch eine weiter vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse nicht nur dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sondern auch die Integration der osteuropäischen Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft fördern.

„Die Angst vor einer Armutszuwanderung aus Osteuropa erweist sich einmal mehr als unbegründet. Wenn es uns gelingt, die Zuwanderung intelligent zu steuern und bestehende Integrationshemmnisse abzubauen, können alle Seiten nur profitieren“, so IZA-Direktor Zimmermann.

Luca Barbone
Martin Kahanec
Klaus F. Zimmermann
Migration from the Eastern Partnership Countries to the European Union – Options for a Better Future
www.iza.org/link/ENPI



IZA-Studie: Zugang zu Arbeitsmarktinformationen für Migranten und Arbeitgeber in Deutschland

In einem Gutachten für die International Organization for Migration (IOM) haben *Amelie F. Constant* (IZA-Programmdirektorin für Migration, George Washington University und Temple University) und *Ulf Rinne* (stellv. IZA-Forschungsdirektor) den Zugang zu Arbeitsmarktinformationen für Migranten und Arbeitgeber in Deutschland evaluiert. Da sie primär die Nachfrageseite berücksichtigen, verkennen deutsche Firmen noch zu oft die Wichtigkeit internationaler Anwerbemaßnahmen als Reaktion auf den drängenden Fachkräftemangel.



Ulf Rinne

Die aktuell zunehmende Nettozuwanderung nach Deutschland geht nur zum geringsten Teil auf proaktive Anwerbeinitiativen zurück, sondern resultiert vor allem aus den Arbeitsmarkterfolgen Deutschlands im Verlauf bzw. trotz der jüngsten Wirtschaftskrise. Insbesondere stieg zuletzt die zu Beginn der Krise noch stark zurückgegangene Einwanderung aus anderen EU-Ländern. Dagegen spielt die Zuwanderung aus Drittstaaten gegenwärtig nur eine untergeordnete Rolle.

Informationsbarrieren sind das Haupthindernis für potenzielle Immigranten. Deutschland verfügt nach wie vor nicht über die notwendige Transparenz an dieser Stelle: Obwohl Deutschland zuletzt wichtige Schritte hin zu einer stärker arbeitsmarktorientierten Migrationspolitik unternommen hat und dazu ein Online-Portal mit umfassenden Informationen für potenzielle Einwanderer („Make it in Germany“) eröffnet wurde, stießen diese Maßnahmen international noch auf wenig Resonanz.

Aufgrund seiner langjährigen Untätigkeit auf dem Gebiet aktiv werbender Migrationspolitik muss sich Deutschland erst noch als Zielland für sehr gut qualifizierte Drittstaatsangehörigen erfolgreich positionieren. Ein transparenteres und offeneres Zuwanderungssystem, das mit Hilfe eines Punkte-Auswahlsystems die Zuwanderung aktiv anhand ökonomischer Kriterien gestaltet, könnte viele der Barrieren beseitigen, denen sich Arbeitgeber und potenzielle Immigranten derzeit gegenüber sehen, so die Autoren der IZA-Studie.

Amelie F. Constant
Ulf Rinne
Labour Market Information for Migrants and Employers: The Case of Germany
IZA Research Report Nr. 50
www.iza.org/link/report50.pdf



Französische Jugendarbeitslosigkeit auf Rekordniveau: Studie empfiehlt „Fördern und Fordern“ nach deutschem Vorbild

Ein französisch-deutsches Expertengremium, dem neben *Pierre Cahuc* (Ecole Polytechnique und IZA) und *Stéphane Carcillo* (Universität Paris 1 – Panthéon-Sorbonne und IZA) auch IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) angehörte, hat in Paris dem französischen Ministerpräsidenten *Jean-Marc Ayrault* ein Gutachten mit Empfehlungen zur Bekämpfung der alarmierend hohen Jugendarbeitslosigkeit im zweitgrößten Land der EU überreicht. Im Zentrum der Expertenvorschläge stehen eine konsequente Umset-

zung des Prinzips aus „Fördern und Fordern“ nach deutschem Vorbild sowie der rasche Aufbau einer dualen Ausbildung. In Frankreich sind derzeit rund 1,9 Millionen junge Menschen unter 30 Jahren weder in Beschäftigung noch in Ausbildung. Mit einer Jugendarbeitslosenquote von durchschnittlich 17 Prozent im vergangenen Jahrzehnt wird Frankreich innerhalb der EU nur noch von den südeuropäischen Krisenstaaten Italien, Spanien und Griechenland „übertraffen“. Die Perspektivlosigkeit dieser Jugendlichen nimmt dra-

matische Züge an: Jeder zweite von ihnen bemüht sich den Experten zufolge nicht aktiv um einen Job. Klaus F. Zimmermann: „Diese Situation birgt enormen sozialen Sprengstoff. Der Gefahr einer verlorenen Generation muss dringend mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden.“

► www.iza.org/files/emploi_jeunes.pdf
(offizielle französische Textfassung)

► <http://ftp.iza.org/pp64.pdf>
(englische Übersetzung)

IZA stellt Forschungsergebnisse zu Migration und Integration in Brüssel vor

Auf Einladung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EESC) und des Europarats referierte IZA-Forschungsdirektor *Corrado Giuliatti* am 15. März 2013 anlässlich einer internationalen Fachkonferenz in Brüssel zu Fragen der europäischen Migrations- und Integrationspolitik. Giuliatti präsentierte dabei die Resultate mehrerer IZA-Forschungsprojekte, unter anderem zu Fragen der aktiven sozialen Inklusion von Immigranten. Den IZA-Untersuchungen (IZA Research Report No. 43) zufolge beziehen Zuwanderer in geringerem Umfang als Einheimische Transferleistungen. Ebensovienig gibt es

Belege dafür, dass die Ausgestaltung von Transfersystemen und Arbeitslosenunterstützung die Wanderungsbewegungen in Richtung EU ernsthaft beeinflusst. Giuliatti betonte darüber hinaus den Stellenwert von migrationspolitischen Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene bei der Bewältigung der aktuellen Beschäftigungskrisen in

Südeuropa und der Folgen des demografischen Wandels. Die Konferenz stand unter dem treffenden Motto: „Immigration – a source of wealth and duties for Europe“.



IZA präsentiert Studie zu jungen und älteren Arbeitnehmern im Europäischen Parlament

Eine Forscherteam unter Beteiligung der IZA-Experten *Werner Eichhorst* und *Michael J. Kendzia* sowie *Maarten Gerard* (IDEA Consult) hat am 6. Mai vor dem Ausschuss des Europäischen Parlaments für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten einen aktuellen Bericht zur Beschäftigungssituation junger und älterer Arbeitnehmer auf den EU-Arbeitsmärkten vorgestellt („Combining the entry of young people in the labor market with the retention of older workers“ – IZA Research Report No. 53). Die Sitzung in Brüssel wurde von der Ausschussvorsit-

zenden *Pervenche Berès*, MdEP, geleitet. Die Studie befasst sich unter anderem mit der Arbeitsmarktentwicklung in den krisengeschüttelten EU-Mitgliedstaaten und analysiert verschiedene Politikmaßnahmen zur Förderung von Berufseinsteigern sowie älteren Arbeitnehmern. Die Experten gelangen zu dem Schluss, dass keine unmittelbare Konkurrenz zwischen beiden Gruppen herrscht und ihre Chancen am wirksamsten durch strukturelle Arbeitsmarktreformen verbessert werden können.



Kenzia, Berès, Eichhorst, Gerard

Kooperationsabkommen mit Temple University unterzeichnet

Im Februar 2013 schloss IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) ein Kooperationsabkommen zwischen der Temple University (Philadelphia, USA) und dem IZA, das eine enge Zusammenarbeit in Forschung und Lehre vorsieht. Unter

anderem vereinbarten beide Institutionen den regelmäßigen Austausch von Wissenschaftlern und Doktoranden. Neben Zimmermann unterzeichneten der Chairman des Economics Departments der Temple University, IZA-Fellow *Michael L. Bognanno*

und die Dekanin *Teresa Scott Soufas* des College of Liberal Arts an der Temple University die Vereinbarung.

Mincer-Preis für IZA-Fellow Daniel Hamermesh

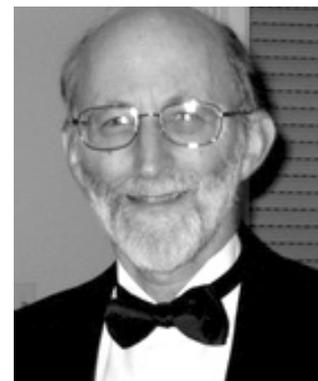
Im Rahmen der Jahrestagung der Society of Labor Economists (SOLE) in Boston wurde IZA Research Fellow *Daniel S. Hamermesh* (University of Texas at Austin; Royal Holloway University of London) für sein Lebenswerk in der arbeitsökonomischen Forschung mit dem renommierten Mincer-Preis ausgezeichnet.

Hamermesh zählt zu den weltweit führenden und besonders innovativen Arbeitsökonomern, der in seiner Disziplin beständig neue Akzente setzt. Mit dem IZA ist er seit dessen Gründung 1998 eng verbunden. Als Programmdirektor koordinierte er ein Jahrzehnt lang den IZA-Forschungsschwerpunkt „Zukunft der Arbeit“, bevor er für zwei Jahre den Posten des Forschungsdirektors übernahm. Die von ihm maßgeblich gestalteten IZA/SOLE Transatlantic Meetings gehören zu

den Flaggschiffen des IZA-Veranstaltungsangebots. In den vergangenen Jahren war Hamermesh regelmäßig für mehrere Monate am IZA tätig, wo er seine eigene Forschung vorantrieb und den Nachwuchswissenschaftlern des Instituts mit Rat und Tat zur Seite stand.

Seine Publikationen decken ein breites Themenspektrum ab und sind eine Quelle der Inspiration für die Wissenschaft. Auch dem interessierten Laien veranschaulicht Hamermesh durch seine Beiträge für den Freakonomics-Blog der New York Times und den IZA Newsroom (▶ siehe Seite 17) die Relevanz der Volkswirtschaftslehre anhand von Beispielen aus dem täglichen Leben.

International für Furore sorgte zuletzt sein Buch „Beauty Pays“, in dem er kör-



Daniel S. Hamermesh

perliche Attraktivität als ökonomischen Faktor beschreibt und dessen Auswirkungen auf die Höhe des Gehalts analysiert.

IZA-Direktor überreicht Kuznets-Preis an Richard Evans, Yingyao Hu und Zhong Zhao

Das Autorenteam *Richard W. Evans* (Brigham Young University), *Yingyao Hu* (Johns Hopkins University) und *Zhong Zhao* (Renmin University of China und IZA) ist mit dem 6. Kuznets-Preis ausgezeichnet worden. Ihre Studie „The fertility effect of catastrophe: US hurricane births“ wurde zur besten Veröffentlichung im Journal of Population Economics über den Dreijahreszeitraum 2010-2012 gekürt. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn),

zugleich Editor-in-Chief des Journals, überreichte den Preis im Rahmen der Jahrestagung der European Society of Population Economics (ESPE) im dänischen Aarhus. Die preisgekrönte Studie war ursprünglich als IZA DP No. 2975 erschienen.



Zhong Zhao, Richard W. Evans, Klaus F. Zimmermann

„Experience from the Field“:

Klaus F. Zimmermann verleiht EFF-Preise anlässlich Weltbank-Tagung

Am 20. Mai veranstaltete die Jobs Knowledge Platform (JKP) der Weltbank in Washington einen „Jobs and Shared Prosperity Day“. Zahlreiche Entwicklungsexperten aus Wissenschaft und Praxis diskutierten unter anderem, welche Maßnahmen sich in Entwicklungsländern als wirksam erwiesen haben, um mehr Menschen - insbesondere Jugendliche - in Beschäftigung zu bringen, Chancengleichheit zu fördern und den allgemeinen Wohlstand zu steigern.



EFF-Preisverleihung in Washington

Besonders erfolgreiche Einzelinitiativen auf diesem Gebiet werden mit dem „Experience from the Field“ (EFF) Award ausgezeichnet. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) überreichte den Gewinnern in drei verschiedenen Kategorien die vom IZA gestiftete und mit 5.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung.

IZA Young Labor Economist Award in San Diego überreicht

Im Rahmen des traditionellen IZA-Empfangs während der Jahrestagung der Allied Social Science Associations (ASSA) überreichte IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) in San Diego den IZA Young Labor Economist Award 2012 an *Scott Carrell* (University of California, Davis) und *Mark Hoekstra* (Texas A&M University) für ihren Artikel „Externalities in the Classroom: How Children Exposed to Domestic

Violence Affect Everyone’s Kids“ (erschienen in *American Economic Journal: Applied Economics*, 2010).

Die preisgekrönte Studie untersucht, inwieweit sich häusliche Gewalt negativ auf die schulischen Leistungen nicht nur der betroffenen Kinder selbst, sondern auch die ihrer Mitschüler auswirkt. Dazu erstellten die Autoren einen innovativen Datensatz, der Schulnoten und Verhaltensauffälligkeiten im Unterricht mit Gerichtsakten zu Fällen häuslicher Gewalt verknüpft. Rund fünf Prozent der in der Stichprobe enthaltenen Schüler eines Bezirks im US-Staat Florida waren Gewalttätigkeiten im Elternhaus ausgesetzt. So fand sich in etwa 70 Prozent aller Schulklassen mindestens ein Op-

fer häuslicher Gewalt. Die Auswertung der Schulnoten zeigte, dass Kinder (vor allem Jungen) aus problematischen Verhältnissen schlechter abschnitten und zugleich die Leistungen ihrer Mitschüler negativ beeinflussten. Besonders ausgeprägt war der Leistungsabfall in den Bereichen Lesen und Rechnen. Auch Verhaltensauffälligkeiten häuften sich im Vergleich zu Klassen ohne betroffene Kinder: Bei 20 Schülern pro Klasse bewirkt jeder zusätzliche Junge aus gestörten Familienverhältnissen einen Anstieg von Disziplinarmaßnahmen gegen andere Jungen um 40 Prozent. Dieser Befund hat wichtige Implikationen für die Familien- und Bildungspolitik. Denn die Studie zeigt eindrucksvoll, dass eine wirksamere Bekämpfung häuslicher Gewalt nicht nur die betroffenen Kinder schützen, sondern auch deren soziales Umfeld positiv beeinflussen würde.



Mark Hoekstra, Scott Carrell, Klaus F. Zimmermann

Weitere Informationen zum Preis:

► www.iza.org/ylea

Research in Labor Economics (RLE) begeht 35. Geburtstag mit hochkarätigem Sonderband

Die vom IZA mit herausgegebene Zeitschrift *Research in Labor Economics (RLE)* feiert ihren 35. Geburtstag. Zu diesem Anlass wurde ein Sonderband mit zwanzig der einflussreichsten Publikationen in der Zeitschrift aufgelegt. Alle Autoren haben zu ihren damaligen Artikeln neue Einleitungen und Aktualisierungen geschrieben. Auf diese Weise erhält der Band seinen besonderen Wert. Die Auswahl der Beiträge erfolgte auf Basis der Zitationshäufigkeit und wissenschaftlichen Einflussnahme im jeweiligen Fachgebiet.

Sechs Artikel sind Fragen der Humankapitalbildung und Lohnhöhe gewidmet, fünf Beiträge behandeln Aspekte der räumlichen und beruflichen Mobilität. Vier weitere Aufsätze analysieren Fragen der Lohnverteilung; die Personalökonomie ist mit drei Beiträgen vertreten. Arbeitsangebotsstudien präsentieren zwei Aufsätze. Zahlreiche IZA-Fellows und IZA-Preisträger zählen zu den Autoren. Unter anderem sind *David Card*, *Alan Krueger*, *Edward Lazear*, *George Borjas* und *Jacob Mincer* mit ihren Beiträgen vertreten.



Solomon Polachek

IZA Newsroom: Neue Online-Plattform für aktuelle Forschung und Meinung zu Arbeitsmarktthemen

Wissenschaftlich fundierte und zugleich leicht lesbare und verständliche Informationen zu aktuellen Arbeitsmarktthemen bietet das IZA jetzt auch über seine neue Online-Plattform „IZA Newsroom“. Die Website richtet sich insbesondere an Medienvertreter, Interessenten aus Politik und Wirtschaft, aber auch ein allgemeines Publikum. Der IZA Newsroom bietet kurze Zusammenfassungen neuester Studien, Meinungsbeiträge und Kommentare zu aktuellen Fragen der Arbeitsmarktpolitik aus dem IZA-Netzwerk sowie aktuelle Nachrichten aus der Arbeit des

Instituts. Interessierte Leser können sich per E-Mail sowie über Twitter und andere soziale Medien regelmäßig über aktuelle Themen des IZA informieren lassen. Der IZA-Newsroom ergänzt gezielt das Angebot der vor allem auf den wissenschaftlichen Nutzer zugeschnittenen IZA-Homepage. Neben dem bereits seit einigen Monaten etablierten englischen Newsroom steht seit Juni 2013 auch eine deutsche Version zur Verfügung:

► <http://newsroom.iza.org>



Neuer IZA-Forschungsdirektor: Corrado Giuliatti

Corrado Giuliatti hat die Nachfolge von *Andrew J. Oswald* als IZA-Forschungsdirektor angetreten. Giuliatti erwarb seinen Ph.D.-Abschluss an der University of Southampton und ist seit März 2010 für das IZA tätig. Von September 2010 bis Februar 2013 wirkte er als stellvertretender Programmdirektor des IZA-Forschungsschwerpunkts Migration und übernahm ab Oktober 2011 zugleich die Aufgaben des stellvertretenden Forschungsdirektors. In dieser Funktion arbeitete er eng mit Oswald zusammen, der

nach zwei erfolgreichen Jahren am IZA zur University of Warwick zurückkehrte.

Corrado Giuliattis Forschungsinteressen umfassen aktuell unter anderem die Determinanten von Wanderungsentscheidungen, Wohlfahrtseffekte von Migration und die Einflussgrößen erfolgreicher Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern. Als Forschungsdirektor leitet er das IZA-Wissenschaftlerteam in enger Abstimmung mit IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*. Außer-

dem koordiniert er die Aktivitäten des IZA zur Analyse der Arbeitsmärkte in China und in Entwicklungsländern.



Corrado Giuliatti

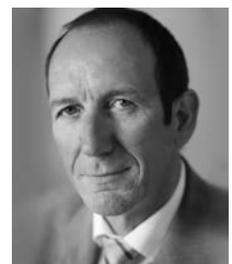
Hilmar Schneider zum Generaldirektor des CEPS-Instituts in Luxemburg berufen

Seit April 2013 ist *Hilmar Schneider* neuer Generaldirektor des renommierten Centre d'Études de Populations, de Pauvreté et de Politiques Socio-Economiques (CEPS/INSTEAD) in Luxemburg. Zuvor hatte er – gemeinsam mit IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) – über ein Jahrzehnt als Direktor Arbeitsmarktpolitik die arbeitsmarktpolitische Forschungs- und Beratungstätigkeit des IZA geprägt. Er zeichnete verantwortlich für zahlreiche Studien zur Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente, den Auswirkungen des Steuer- und Transfersystems auf das

individuelle Erwerbsverhalten sowie zu den Konsequenzen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt.

Anlässlich der Verabschiedung Schneiders würdigte Zimmermann dessen herausragende Leistungen und wertete die Berufung Schneiders als Bestätigung für die Erfolgsgeschichte des IZA: „Hilmar Schneider ist ein hoch anerkannter Wissenschaftler, der es wie kaum ein anderer versteht, wissenschaftliche Erkenntnisse klar verständlich zu formulieren und in praktische Politikempfehlungen zu über-

setzen. Dieser Ansatz ist und bleibt auch das Markenzeichen des IZA: Wir verbinden thematisch fokussierte Forschung mit empirisch fundierter, unabhängiger Beratung. Mit Hilmar Schneider wird das IZA auch in dessen neuer Funktion eng verbunden bleiben.“



Hilmar Schneider

Stefano Scarpetta neuer OECD-Direktor für Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Soziales

Stefano Scarpetta, IZA-Programmdirektor für Beschäftigung und Entwicklung, ist von der OECD zum Director for Employment, Labour and Social Affairs ernannt worden. Diesen wichtigsten Posten für Arbeitsökonomie bei der OECD hatte zuvor IZA Research Fellow *John P. Martin* inne.

Die OECD ist seit Jahren ein wichtiger Partner des IZA bei Forschungsprojekten

und gemeinsamen Fachtagungen wie dem IZA/OECD Employment Seminar und der kürzlich veranstalteten IZA/OECD/World Bank Conference on Safety Nets and Benefit Dependence (► Seite 12). „Ich freue mich sehr darauf, die erfolgreiche Zusammenarbeit meiner Abteilung mit dem IZA fortzusetzen und weiter auszubauen“, so Scarpetta nach seiner Ernennung. Im neuen Amt wird er neben Arbeitsmarktfragen

auch die OECD-Forschungsaktivitäten auf den Gebieten Gesundheit und Migration koordinieren.



Stefano Scarpetta

IZA ernannt neue stellvertretende Forschungs- und Programmdirektoren

Ulf Rinne, IZA Senior Research Associate und Persönlicher Referent von Zimmermann hat zusätzlich die Aufgaben des stellvertretenden Forschungsdirektors von Corrado Giuliatti übernommen. Seit August 2005 für das IZA tätig, erwarb er seinen Dokortitel 2009 an der Freien Universität Berlin. Zu seinen breit gefächerten Forschungsthemen zählen unter anderem die empirische Arbeitsökonomie und hier neben der Evaluation von Arbeitsmarktpolitiken auch Aspekte von Bildung, Diskriminierung und Migration. Er ist unter anderem Mitautor diverser IZA-Forschungsgutachten zu politiknahen Fragestellungen.

IZA Research Associate *Nico Pestel* ist neuer stellvertretender Programmdirektor für den IZA-Forschungsschwerpunkt Umwelt und Beschäftigung (siehe IZA Compact, September 2012) und wird in Kooperation mit *Olivier Deschenes* (University of California, Santa Barbara) die Aktivitäten des Instituts auf diesem immer wichtiger werdenden Forschungsgebiet vorantreiben.

Pestel arbeitet seit 2009 für das IZA und wurde 2013 an der Universität Köln promoviert. Neben Fragen der „grünen Ökonomie“ gilt sein Interesse insbesondere

den Wechselwirkungen zwischen demografischem, sozialem und ökonomischem Wandel.



Ulf Rinne



Nico Pestel

Erfolgreich gestartet: Ein Jahr IZA Journal Series

Die im Sommer 2012 etablierte Reihe von fünf IZA Open Access Journals hat bislang über 80 ausgewählte Beiträge publiziert. Zu den Besonderheiten der elektronischen Zeitschriftenserie, die das IZA in Zusammenarbeit mit dem Springer-Verlag aufgelegt hat, zählt ein sehr rascher, referierter Publikationsprozess, der die eingereichten Bei-

träge binnen kurzer Zeit verfügbar macht. Daran wirkt ein großes Team von fachlich erfahrenen Editors und Managing Editors im Auftrag des IZA mit. Inzwischen können zahlreiche Beiträge bereits mehr als 3.000 Downloads vorweisen – ein deutlicher Beleg für das große Nutzerinteresse an diesem Publikationsformat.

Das IZA lädt alle Fellows und Affiliates, aber auch andere interessierte Wirtschaftswissenschaftler dazu ein, ihre neuesten Forschungsarbeiten zur Publikation in der IZA Journal Series einzureichen. Ab Veröffentlichungszeitpunkt sind die Arbeiten uneingeschränkt und kostenlos verfügbar unter:

► <http://journals.iza.org>

Zuletzt wurden unter anderem folgende Beiträge in den IZA Journals veröffentlicht:

IZA Journal of Labor Economics

Donal O'Neill, Olive Sweetman

The consequences of measurement error when estimating the impact of obesity on income

► www.izajole.com/content/2/1/3

Dan Black, Natalia Kolesnikova, Seth Sanders, Lowell Taylor

The role of location in evaluating racial wage disparity

► www.izajole.com/content/2/1/2

Paul Bingley, Ian Walker

The labour supply effects of a partial cash-out of in-kind transfers to single mothers

► www.izajole.com/content/2/1/1

IZA Journal of Labor Policy

Robert Lerman

Are employability skills learned in U.S. youth education and training programs?

► www.izajolp.com/content/2/1/6

Alexander Hijzen, Sebastien Martin

The role of short-time work schemes during the global financial crisis and early recovery: a cross-country analysis

► www.izajolp.com/content/2/1/5

David Wittenburg, David Mann, Allison Thompson

The disability system and programs to promote employment for people with disabilities

► www.izajolp.com/content/2/1/4

IZA Journal of Migration

Adamos Adamou, Christina Drakos, Sriya Iyer

Missing women in the United Kingdom

► www.izajom.com/content/2/1/10

Michel Beine, Khalid Sekkat

Skilled migration and the transfer of institutional norms

► www.izajom.com/content/2/1/9

Murat Kirdar

Source country characteristics and immigrants' optimal migration duration decision

► www.izajom.com/content/2/1/8

IZA Journal of Labor & Development

Yuhao Ge, Hartmut Lehmann

The costs of worker displacement in urban labor markets of China

► www.izajold.com/content/2/1/4

Nicoletta Berardi

Social Networks and Wages in Senegal's Labor Market

► www.izajold.com/content/2/1/3

Marek Góra

Political economy of pension reforms: selected general issues and the Polish pension reform case

► www.izajold.com/content/2/1/2

IZA Journal of European Labor Studies

Raul Eamets

Labour market and labour market policies during great recession: the case of Estonia

► www.izajoels.com/content/2/1/4

Jan Bergerhoff, Lex Borghans, Philipp Seegers, Tom van Veen

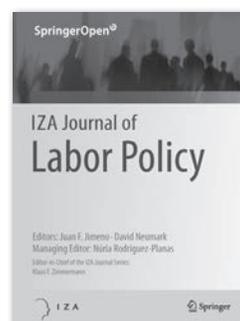
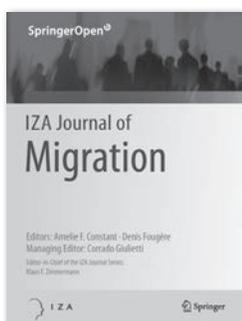
International education and economic growth

► www.izajoels.com/content/2/1/3

Mirco Tonin

Underreporting of earnings and the minimum wage spike

► www.izajoels.com/content/2/1/2





» Meinung

Die ultimative Wohlstandsquelle und ihre Gestaltung

Freihandel und offene Arbeitsmärkte sind Determinanten des wirtschaftlichen Wohlstands. Es war der 1998 leider früh verstorbene amerikanische Bevölkerungsökonom Julian Simon, der in seinem legendären, 1981 erschienenen Buch dem Menschen selbst die Rolle der *Ultimate Resource* als Wohlstandsquelle zuwies. Simons Überlegungen sind auch heute noch in vieler Hinsicht visionär. Das Migrationsnetzwerk des IZA ehrt Simon jährlich durch eine *Julian Simon Lecture*, gerade wieder bei seinem 10. Jahrestreffen Anfang Juni in Jerusalem. Tatsächlich ist im heutigen Informations- und Wissenskapitalismus das Humankapital der immer zentraler werdende Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, der durch Migration global optimiert werden kann. Konsequenterweise war Simon auch Anhänger offener Arbeitsmärkte.

Ein hochkarätiger IZA-Workshop hat im Mai in Bonn die Interaktion von Humankapitalnutzung und Arbeitsmigration debattiert und dabei die Bedeutung der Mobilität von Hochqualifizierten und den weiteren Abbau von Wanderungsrestriktionen thematisiert. Dies stützt sich auf Studien wie die von IZA-Fellow John Kennan, der gerade im *Review of Economic Dynamics* in seinem Artikel *Open Borders* gezeigt hat, dass die Aufgabe dieser Restriktionen massive Wohlstandssteigerungen auslösen kann. Die starke Rolle, die China in den nächsten Jahren auf dem Weltmarkt für Humankapital spielen wird (womit die Position Amerikas stark herausgefordert werden wird), haben IZA-Programmdirektorin Amelie Constant und ich mit Koautoren gerade im *Journal of Contemporary China* analysiert. Wir wollen damit die Debatte um die optimale Nutzung von Humankapital weiter vorantreiben.

Solche Überlegungen mischen sich in diesen Tagen mit einer anderen Vision: der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Spekuliert wird über den größten offenen Wirtschaftsraum der Erde, mit einem

Bevölkerungspotenzial von 800 Millionen Menschen und einem wirtschaftlichen Output von wahrscheinlich 700 Milliarden Euro. Bereits vor 51 Jahren hatte der damalige amerikanische Präsident John F. Kennedy eine ökonomische „transatlantische Partnerschaft der Gleichen“ im Blick. Auch Präsident Barack Obama hatte diese Vision bei seinem Deutschland-Besuch Mitte Juni im Gepäck. Nun haben endlich die Verhandlungen über ein solches Abkommen zwischen Europa und Amerika begonnen.

Keine Frage: Ein Abkommen, das nicht nur Zölle, sondern auch die vielfältigen nichttarifären Handelshemmnisse abbaut, ist ein Programm für mehr Beschäftigung. Gewinner ist aber vor allem der Konsument. Ein solches Abkommen wäre zeitgemäß, es passt in eine Serie ähnlicher regionaler Abkommen, die nach dem Scheitern der „Doha-Runde“ entstehen. Ein solcher Wettlauf um die Offenheit der Volkswirtschaften ist fruchtbar.

Allerdings ist bemerkenswert, dass die Frage der offenen Arbeitsmärkte nicht zu den Verhandlungspunkten des transatlantischen Wirtschaftspaktes gehört. Das ist ein schwerer Fehler, ist doch Humankapital der dauerhaft bedeutendste Faktor der Wirtschaftsbeziehungen. Ein transatlantischer freier Arbeitsmarkt wäre ein bedeutender Testlauf für weltweit offenere Arbeitsmärkte mit begrenztem Risiko. Der Teilmarkt der Hochqualifizierten könnte vorangehen.

Bereits die öffentlichen Vordiskussionen zeigen allerdings, dass es politisch schwierig werden wird. Zu tief sitzen die Vorurteile des vermeintlichen Vorteils durch Handelsprotektionismus und die ungerechtfertigten Ängste vor negativen Arbeitsmarkteffekten von Zuwanderung.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
 Redaktion: Holger Hinte, Mark Fallak
 Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
 Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 222
 Fax: +49 (0) 228 - 38 94 510
 E-Mail: compact@iza.org
 Internet: www.iza.org
 Grafiken/Fotos: IZA
 Druck: Güll GmbH, Lindau
 Layout: IZA